

VOLKS-TRIBÜNE.

Social-Politisches Wochenblatt.

Die „Berliner Volks-Tribüne“ erscheint jeden Sonnabend früh. — Abonnements-Preis für Berlin monatlich 50 Pfg. pränumerando (frei ins Haus). — Einzelne Nummer 15 Pfg. Durch jede Post-Anstalt des Deutschen Reiches zu beziehen. (Preis vierteljährlich 1 M. 50 Pfg.; eingetragen unter Nr. 893 der Zeitungspreislifte für das Jahr 1890.)

Redaktion und Expedition:
S. O. (26). Oranien-Strasse 23.

Inserate werden die 4 spaltige Petit-Zeile oder deren Raum mit 20 Pfg. berechnet. — Vereins-Anzeigen: 15 Pfg. Arbeitsmarkt: 10 Pfg. — Inseraten-Aannahme in der Expedition: Oranien-Strasse 23.

Ausgabe für Expeditions-
„Volksblatt“ Deuth-Strasse 8.

Nr. 25.

Sonnabend, den 21. Juni 1890.

IV. Jahrgang.

Arbeiter Deutschlands! Gedenkt der ausgesperrten Hamburger!

Die Militärvorlage. — Das allgemeine Wahlrecht. — Zu den Russenverhaftungen in Paris. — Die Sozialdemokratie und die geistigen Arbeiter. — Die Erklärung des Streikens für freiwilligen Müßiggang. — Vernichtende Urtheile über die Schutzollpolitik. — Die Kaufleute und die gesetzliche Sonntagsruhe. — Weberelend.

Sozialistischer Spaziergang II. — Die Literatur als Waare. — Sozialistische Philosophie. — Zur Lage der egl. preussischen Eisenbahn-Arbeiter II. — Die heutigen Streiks und die Organisation.

Die Postabonnenten unseres Blattes

erinnern wir daran, ohne Säumen und vor Monatschluß ihr

Abonnement zu erneuern,

das sonst von der Post als ex loco betrachtet wird.

Post-Zeitungs-Katalog für 1890 Nr. 893.

Preis pro Vierteljahr M. 1,50 (bei Selbstabholung am Postschalter.)

Durch Briefträger fr. ins Haus Mark 1,65 pro Viertelj.

Erst nach dem Monatschluß eingegangene Bestellungen sind mit unnützen Kosten und Arbeits- und Zeitvergeudungen verbunden — ganz abgesehen davon, daß eine Nachlieferung der bereits erschienenen Nummern oft gar nicht mehr erfolgen kann.

Die Militärvorlage.

Die Militärvorlage der Regierung ist am Montag Abend in der Kommission des Reichstages mit 16 gegen 12 Stimmen angenommen worden.

Dagegen stimmten Freisinn, Volkspartei und Sozialdemokraten (Siebnecht, Meister, Schippel), sowie ein Theil des Zentrums.

Die letzterwähnte Thatsache ist um so auffälliger, als der Abg. Windthorst wochenlang alle Hebel in Bewegung gesetzt hatte, um seiner Partei nach außen hin den Schein der Einmütigkeit zu wahren. Männer wie der Militär-enthusiast Febr. v. Huene auf der einen und Dr. Dretter und Dr. Lieber auf der anderen Seite sind schwer zusammenzuführen. Stand für jenen die Nothwendigkeit der Heeresvermehrung von vornherein und ohne Vorbehalt fest, so wollten diese ihre Bedenken nur dann fallen lassen, wenn mit der steigenden Belastung der Bevölkerung durch die vermehrte Heranziehung zum Kriegsdienst Zug um Zug eine Entlastung durch kürzere Dienstzeit einträte, und wenn das ungeheure Machtmittel, das in der Armee der Regierung zu beliebigem Gebrauche anvertraut ist, einer stärkeren Einflußnahme der Volksvertretung unterworfen würde, indem an Stelle der siebenjährigen Festlegung der Friedenspräsenz die regelmäßige einjährige Bewilligung eingeführt werden solle.

Beide Forderungen scheinen uns unter den herrschenden Verhältnissen recht harmloser Art zu sein.

Die zweijährige Dienstzeit bedeutet bei gleicher Friedensstärke des Heeres durchaus nicht eine Ermäßigung der Gesamtlast, die auf der deutschen Bevölkerung — in den persönlichen Opfern des Dienstes und der finanziellen der Armeekosten — ruht. Sie führt vielmehr zu weiter nichts, als daß mehr Rekruten jährlich eingestellt werden, die dann allerdings eine kürzere Zeit der fürsorglichen Obhut des Unteroffiziers unterliegen. Um die bisherige Friedenspräsenz von 468 000 Mann zu erhalten, werden jetzt — wo drei Jahrgänge in den Kasernen sich anhäufen — jährlich etwa 170 000 Rekruten eingestellt. Wenn die Militärverwaltung nur zwei Jahrgänge zur Verfügung hätte, so würde sie, um immer 468 000 Mann in den

preussischen „Volksbildungsanstalten“ zu halten, jährlich etwa 240 000 Männer aus dem bürgerlichen Beruf herausreißen müssen. Wir getrauen uns nicht zu sagen, was schlimmer wäre hinsichtlich der persönlichen Belastung und Belästigung des Volkes; die Finanzen des Reiches würden jedenfalls dadurch keine Verbesserung, sondern eher eine Verschlechterung erfahren.

Den Werth der Bewilligung auf nur ein Jahr, d. h. also der Abschaffung des Septennats, wollen wir durchaus nicht herabsetzen. Aber es gehört ein gut Stück parlamentarischer und politischer Ideologie dazu, das konstitutionelle Recht, alljährlich über etwas reden zu dürfen, zu verwechseln mit der tatsächlichen Macht, jährlich etwas in Wirklichkeit ändern zu können. So wenig wie der Militarismus der kontinentalen Staaten in einzelnen übermächtigen Individuen seinen Ursprung nahm, so wenig verdant er seine heutige, alles überschattende und überwuchernde Größe künstlichen Majoritäten, mit denen er beliebig verschwinden könnte. Nicht zufällige Majoritäten haben ihn geschaffen, sondern er hat Majoritäten gertrümmert und neu entstehen lassen, und so wird er auch in Zukunft mit der unwiderstehlichen Kraft eines Verhängnisses wirken und trotz einjähriger Bewilligungen derselbe bleiben, bis auch er wie alles Irdische mit seiner äußeren Entfaltung einer inneren Umbildung und schließlich Zersetzung anheimfällt. — Die einjährige Bewilligung bedeutet für uns also vorläufig nur: mehr hohles parlamentarisches Geschwätz und leeres Protestiren und — mehr Schacher-geschäfte für die Leute, welche die Fähigkeit haben, sich jedesmal im Brillantfeuer parlamentarischer Unentbehrlichkeit erscheinen und entsprechend abfinden zu lassen.

Doch das nebenbei.

Jedenfalls stehen sich die bürgerlichen Militärenthusiasten mit ihrem Bewilligungseifer und die Militärreformer mit ihrer zweijährigen Dienstzeit und einjährigen Bewilligung als schier unveröhnliche Gegner gegenüber — und wenn sie in einer Partei, wie im Zentrum, aneinanderstoßen, so bedarf es jedenfalls einer großen diplomatischen Kunst, sie nicht gegen einander sondern miteinander arbeiten zu lassen.

Der Abg. Windthorst versuchte dies dadurch zu erreichen, daß er zwar die Bewilligung der neuen Verstärkung nicht grundsätzlich ablehnte, aber ihr eine Resolution mit auf den Weg gab, welche die „Erwartung“ aussprach: die Regierung werde von den im Reichstage und in der Kommission angedeuteten weiteren großen Zukunftsplänen absehen, einjährige Bewilligungsfristen einführen, und nach einem Uebergangsstadium zur zweijährigen Dienstzeit übergehen.¹⁾

Die Militärenthusiasten konnten sich — so rechnete Herr Windthorst — für die, an sich ja ganz unverbind-

¹⁾ Die Windthorst'sche Resolution beantragt:

1. „Die Erwartung auszusprechen, daß die verbündeten Regierungen Abstand nehmen werden von der Verfolgung von Plänen, durch welche die Heranziehung aller wehrfähigen Mannschaften zum aktiven Dienst durchgeführt werden soll, indem dadurch dem Deutschen Reiche geradezu unerschwingliche Kosten erwachsen müßten.“

2. „Die Erwartung auszusprechen, daß die verbündeten Regierungen in eine etwaige weitere Vorlage behufs Abänderung des Gesetzes über die Friedenspräsenzstärke des Heeres unter Aufhebung der Festbestimmung des Septennats das Etatsjahr als Bewilligungsfrist aufnehmen werden, während der Reichstag es sich vorbehält, auch bei sonstiger sich ergebender geeigneter Gelegenheit die Durchführung dieser Aenderung der Frist zur Geltung zu bringen.“

3. Die verbündeten Regierungen zu ersuchen, eine baldige Herabminderung der tatsächlichen Präsenzzeit bei der aktiven Armee, sei es durch die tatsächliche Verlängerung der Rekrutenwalzen, sei es durch Vermehrung der Dispositionsbeurlaubungen einzutreten zu lassen.“

4. Die verbündeten Regierungen zu ersuchen, die Einführung der gesetzlichen zweijährigen Dienstzeit für die Fußtruppen in ernsthafte Erwägung zu ziehen.“

lichen Resolutionen aussprechen und die Widerstrebenden wiederum für die Regierungsforderungen, weil ja — so stand es auf dem Papier — alsdann in Zukunft die erwähnten Kompensationen „zu erwarten“ waren.

Die Windthorst'sche Berechnung glückte nur zum Theil, es haben die Zentrumsmitglieder Dretter und Willegger aus Bayern, Gröber aus Württemberg und Dr. Lieber aus Nassau gegen die Vorlage trotz der begleitenden Resolutionen gestimmt, d. h. also 4 von 10 ultramontanen Kommissionsmitgliedern.

Am Dienstag werden wahrscheinlich die Plenarverhandlungen über die Vorlage wieder beginnen und es wird sich dann zeigen, ob die Opposition der erwähnten Herren von Einfluß und Dauer ist. Beides ist uns höchst unwahrscheinlich und so wird die Regierung die 18 000 Soldaten für ihre Machtvermehrung und die Resolutionen für — den Papierkorb haben.

Das allgemeine Wahlrecht.

× Seit Wochen notirt die oppositionelle bürgerliche wie Arbeiterpresse sorgsam alle die Buthausbrüche, die über das Resultat des 20. Februar entrüsteten Kartellblätter gegen das allgemeine Wahlrecht. Und dies Vamento ist vom Standpunkt der bürgerlichen Parteien sicher berechtigt. Die Augenblickspolitik des Fürsten Bismarck, der unsere Bourgeoisie als der höchsten und genialsten Leistung des Jahrhunderts so lange zugejubelt hatte, fängt jetzt allmählich an, ihre unbeimliche Seite hervorzulehren. Die reaktionären Kreise merken, daß der „eiserne“ Kanzler die Kuren in der Methode des Doktor Eisenbart zu sehr geliebt. Die „Realpolitik“ entpuppt sich jetzt in ihrer ganzen Unrealität, als das nervöse um alle tiefere Zukunftsjorge unkümmerte Haschen nach dem Erfolg des Tages.

Bismarck hatte nach echter Diplomatenart kein Ohr für die leisen, tief im Schooße der Gesellschaft wirkenden Kräfte. Seine Reden gegen die Sozialdemokratie, neben denen die Ausführungen eines Schulze-Delisch noch immer als glänzende Geistesprodukte erscheinen, bieten den unwiderleglichsten Beweis für seinen Mangel an historischem Sinn. Und nur diese gänzliche Verständnislosigkeit des „großen Staatsmannes“ erklärt es, daß er, der begeisterte Bertheidiger von Krone und Kapital, zum Schöpfer des allgemeinen, gleichen und direkten Wahlrechtes wurde.

Die bürgerliche Opposition, die unter der Herrschaft des preussischen Dreiklassenwahlrechts sich gegen das Regiment Bismarcks erhoben hatte, diese Opposition, deren behäbigen zahmen Hausstiercharakter jede entschlossene Regierung verlachen konnte, erreichte den „gegen Druckschwärze gefeierten“ Staatsmann derart, daß er, um sie zu brechen, sich an die dunklen, mit dem hohlwangigen Glendringenden Waffen des Volkes wandte. Da war Cäsar ein besserer Menschenkenner:

Laßt wohlbeleibte Männer um mich sein,
Mit glatten Köpfen und die Nachts gut schlafen.
Der Castus dort hat einen hohlen Blick,
Er denkt zu viel, die Leute sind gefährlich.

Doch was brauchte sich Bismarck um solche Dinge zu bekümmern! Er schätzte den Proletarier nach dem Maßstab seines pommerschen Bauern ab, er kannte nur die äußere Knechtsgestalt, nicht den inneren Freiheitsdrang der Armuth. Er glaubte, Volksschule, Tagelöhnerschaft und dreijährige Dienstzeit wären genug der Dressur, um jeden Tropfen revolutionären Giftes aus diesen hungrigen Leibern zu vertreiben.

Und nun? Wie stimmt die Rechnung? Das Gesammter der Bismärcker über das von ihrem Meister eingeführte allgemeine Wahlrecht zeigt am besten, wohin die Genialität des großen Staatsmannes geführt hat. Nicht

Bismarck, der das Wahlrecht als Waffe der Regierung, sondern Lassalle, der es als Waffe des revolutionären Proletariats erstrebte, hat vor dem Richterstuhl der Geschichte Recht behalten.

Das die Macht des deutschen Parlamentes gegenüber der Regierung so außerordentlich gering bemessen wurde, auch das ist freilich Bismarcks Werk. Aber welche Verblendung, anzunehmen, daß damit die revolutionäre Wirksamkeit des allgemeinen Wahlrechtes aus der Welt geschafft sei! Hätte sich denn unsere Gesetzgebung, unsere Steuerlast u. s. w. auch nur um ein geringes anders entwickelt, wenn wir im Besitze verantwortlicher Minister und ohne Bundesrath wären? Die Vertreter der Bourgeoisie, die im Parlamente immer die erdrückende Mehrheit haben, befehlen sich ja, in Allem und Jedem die Wünsche der Regierung zu erfüllen. Die Zentrumspartei, welche die neuen Militäraufstellungen nach einigem Kokettieren anstandslos bewilligen wird, ohne, wie Windhorst in der Kommission erklärte, auf der Gegenforderung einer zweijährigen Dienstzeit zu bestehen, hat das erst dieser Tage wieder von neuem bewiesen. Die Fahrt geht vorwärts, ohne daß die Peitsche geschwungen zu werden braucht.

Also alle die hübschen Paragraphen, die unseren Reichstag zum Scheinparlamente machen, hätte man zur Noth auch wohl entbehren können. Das allgemeine Wahlrecht hat noch eine lange Minitarbeit vor sich, ehe es zu einem ernstlichen Willenskampfe zwischen Volksvertretung und Regierung kommen mag. Aber war darum das allgemeine Wahlrecht etwa weniger gefährlich? Für die rapide Zunahme des Sozialismus ist es zweifellos ein wesentlicher Faktor gewesen. Das läßt sich nicht mehr ändern, und das schlimmste an der Sache ist, daß die sozialdemokratischen Ideen bereits so kräftig emporgewachsen sind, daß sie den mütterlichen Schutz des Wahlrechtes auch bereits entbehren können. Sie werden weiter wachsen mit und ohne allgemeines Wahlrecht. Die Institution des „staatsverhaltenden“ Kanzlers hat ihre geschichtliche Aufgabe erfüllt.

Thatsächlich ist diese Einsicht auch bei Bourgeoisie und Regierung verbreitet. Würde man glauben, durch Einführung eines Wahlklassensystems die Arbeiter von ihrer Sozialdemokratie desinzipieren zu können, so wäre selbstverständlich der Ansturm gegen unser Wahlrecht allgemein, ein Parlament, um es wegzubekretieren, hätte sich bald gefunden. Aber sie wissen: Es ist zu spät. Die kühlen Politiker schütteln den Kopf und überlassen den entzündeten Gemüthmenschen, gegen die „Unvernunft“ dieses Rechtes anzudonnern.

Amüsant ist es übrigens, die Grübeleien unseres alten Freundes, der Herrn Grminister Schäffle, patentirten Erfinders des „antikollektivistischen Bauernschädels“, „der Ausichtslosigkeit der Sozialdemokratie“ und vieler anderen schönen Dinge über diesen Punkt zu lesen. Viele weise Lehren spendet er in seinem neuesten Schriftchen „Zur Bekämpfung der Sozialdemokratie ohne Ausnahmegefeß“. Am Schluß kommt die Pointe; das allgemeine, gleiche und direkte Wahlrecht abschaffen — mein Gott, das geht in keinem Fall, erklärt der unparteiische Herr in seiner wissenschaftlichen Perrückenwürde, aber... Aber Herr Schäffle hat schon soviel erfunden, warum sollte es ihm nicht auch gelingen, das allgemeine gleiche und direkte Wahlrecht zwar nicht abzuschaffen aber so — so — bei Seite wegzustampfen, ohne daß es jemand merkt. Man höre: das einseitige Prinzip des „Demokratismus“ (Demokratie klingt nicht wissenschaftlich genug), die Bevölkerung nach Köpfen wählen zu lassen, muß seine Ergänzung darin finden, daß das Volk außerdem nach seiner beruflichen Gliederung nach Korporationen wählt.

Wie schlau! Wenn hier in Berlin z. B. die Universität, die Stadtverordnetenversammlung, Börse, Handelskammer, Unternehmerschaft und schließlich auch die Arbeiter je einen Abgeordneten in den „Senat“ absenden, wie hübsch nationalliberal sieht dann die Vertretung der Hauptstadt ausnehmen würde! Und das allgemeine, gleiche und direkte Wahlrecht braucht gar nicht einmal angetastet zu werden. Daß die Leute doch in alter Weise wählen, aber daneben auch in neuer berufsgenossenschaftlicher. Der „Senat“ ist dann so freundlich, den Reichstag mehr und mehr von seinen Geschäften zu entlasten, und kein Mensch hat Grund zur Unzufriedenheit. Dies verrottete Wahlrecht des zurückgebliebenen Oesterreich soll Deutschlands Ideal bei seinem politischen Krebsgang werden. Doch bei alledem: Sacht, sachte kein Geräusch gemacht. Das Volk soll um sein Recht gebracht werden, aber daß es nur ja nichts davon merkt. Welche lebenswürdige, humane Gefinnung! der Staatsstreich in Estarpins!

Zu den Russenverhaftungen in Paris.

Unter den in Paris verhafteten Russen ist besonders die Gestalt Alexander Orloff, — der „Därtige“, wie er unter Freunden genannt wurde — interessant und sympathisch.

Orloff zählt jetzt 40—45 Jahre. Er besuchte die Adelschule von Nischni-Nowgorod und verließ dieselbe nach einem glänzenden Schlußexamen, um in die Moskauer Akademie für Landwirtschaft einzutreten. Er zeichnete sich auch an dieser Hochschule durch tüchtige Studien aus und erhielt für seine physiologischen und chemischen Arbeiten ein Diplom, das ungefähr dem Magistertitel gleichkommt.

Ehe er jedoch seine Studien beendet hatte, wurde er wegen Theilnahme an einer Studentenunruhe nebst mehreren Kameraden religirt und lehnte nach Nischni-Nowgorod zurück. Er erhielt etwas später die Erlaubniß, nach Moskau zurückzukommen, und gab sich von der Zeit an mit Leib und Seele der sozialistischen Propaganda hin.

Er gehörte zur Phalanx jener idealen russischen Agitatoren, welche ein Gemisch von antiken Helden und christlichen Märtyrern, unübertroffen an Opfermuth und Energie, auf alle Vortheile ihrer Geburt, ihrer Stellung, ja ihres Wissens verzichtend, hinaus zogen „unter das Volk“, um in dessen unbeschreibliche Leiden hinein die frohe Botschaft des Sozialismus zu tragen.

Wie viele seiner Gefinnungsgenossen, so erlernte auch Orloff ein Handwerk, das der Schlosserei, er nahm die Sprache, Sitten und Lebensweise eines Arbeiters an, um als „Gleicher“ den ländlichen Arbeitern und Handwerkern mehr Vertrauen einzufloßen, und um den Verdacht der Polizei weniger zu erregen. Als Schlosser lebte er mehrere Jahre lang unter dem Volke und verbreitete eifrig die sozialistischen Ideen.

Auf eine Denunziation hin ward er 1878 verhaftet und in Kolmsgorok, im Gouvernement Archangel, internirt. Hier versuchte Orloff einen ersten Fluchtversuch und zwar zusammen mit Gratschewski, einem anderen Propagandisten, der in Pinega internirt war. Beide erfannten eine gemeinsame Flucht. Von weit auseinander gelegenen Punkten kommend, wollten sie an einem bestimmten Orte, am Rande der Taiga, eines riesigen Urwaldes jenes Theils von Nordrussland, zusammentreffen.

Die Taiga ist von zahlreichen Flüssen durchschnitten; viele Sümpfe machen es höchst gefährlich, sich einen Weg durch den Wald zu bahnen, der von Wölfen wimmelt, und in dem Bären zu den gewöhnlichsten Erscheinungen gehören.

Am festgesetzten Tage gelang es Orloff, die strenge Aufsicht, der er unterworfen war, zu hintergehen. Er verließ heimlich Kolmsgorok und drang ohne anderen Führer als die Sterne in die Taiga ein. Der Marsch war ebenso mühselig als gefahrenreich. Es galt, sich einen Weg durch das Dickicht zu bahnen, das noch keines Menschen Fuß je betreten hatte, vor allem galt es, die Sümpfe zu vermeiden, welche, von grünem Moose bedeckt und riesigen Wiesen gleich, hie und da Gefahr drohten. In der ersten Nacht nach Orloffs Entkommen fiel der Regen in Strömen. Die Dunkelheit war so groß, daß der Flüchtling darauf verzichten mußte, auch nur einen Schritt weiter zu thun. Von Müdigkeit überwältigt, warf er sich am Fuße eines Baumes nieder und erwachte am nächsten Morgen bis auf die Knochen durchnäßt. Das Wasser floß in wahren Bächen aus seinen Kleidern hernieder, und der Vorrath von Zwieback, den er bei sich führte, war zu einem grauen Brei zerweicht, den er mit der hohlen Hand aus dem Sack schöpfen mußte.

Der Regen hielt vier Tage lang an und machte den Wald immer undurchdringlicher. Mit blutenden Füßen, der Körper von Frost erstarrt, zerbrochen und abgehetzt, konnte Orloff seinen Weg nur mit Aufbietung all seiner Energie fortsetzen. Am fünften Tage seiner Wanderung fing der Wald an, Lichtungen zu zeigen, der Saum mußte bald erreicht sein. Als Orloff endlich den Urwald hinter sich hatte, stellte sich heraus, daß er eine falsche Richtung eingeschlagen. Wohl glänzte ihm der Fluß entgegen, an dessen Ufer er seinem Freund begegnen sollte, allein er hatte einen ungeheuren Bogen beschreiben und war beträchtlich über den festgesetzten Ort hinausgewandert. Glücklicher Weise tauchten in nicht weiter Ferne die Hütten eines von Holzhauern bewohnten Fleckens empor, der dort am Flusse lag. Es war also Hoffnung vorhanden, sich ein Boot zu verschaffen und zu Wasser schnell an Ort und Stelle der Bestimmung zu gelangen. Der Flüchtling fand in der That ein Boot, stieß vom Strande und fuhr stromaufwärts.

In wenigen Stunden glaubte er, frei zu sein. Er ruderte mit verdoppelter Kraft, aber als er landete, war es nicht der Freund, der ihn erwartete, sondern die Gensdarmen.

(Schluß folgt).

Die Sozialdemokratie und die geistigen Arbeiter.

1. Als die Bourgeoisie unter dem Banner des Liberalismus in den Kampf für ihre politische Vorherrschaft zog, als es sich für sie darum handelte, die kraftvolle Unterstützung des Bruders Arbeiter zu erhalten, da konnte sie den Mund nicht voll genug mit Phrasen von Aufklärung und Bildung nehmen, die durch Wissen zur Macht führen.

Sie schwärmte für die religiöse Freigeisterei, für eine freie, der Masse zugängliche Wissenschaft fast ebenso sehr, wie heutigen Tags für das Steigen der Beute, die Erhöhung der Profitrate und für Ausnahmegefeße.

Und als der dritte Stand mit Hilfe des Volkes die sozialpolitische Vorherrschaft der Aristokratie gebrochen hatte und anfang, die Früchte des Sieges zu genießen, als sie sich den Löwenanteil der gesellschaftlichen Privilegien, dem Volke den Löwenanteil der gesellschaftlichen Lasten zuertheilte, da suchte sie, die breiten Massen die versprochenen sozialen Reformen vergessen zu machen, indem sie in der sogenannten liberalen Aera unter betäubendem Tamtam daran ging, „Aufklärung und Bildung“ zu verbreiten. Genügend zahlreiche und verbesserte Volksschulen, Fortbildungsanstalten, technische Schulen u. s. w., zu denen der Zutritt erleichtert ward, sollten — so hieß es — die Masse „geistig“ auf das Niveau heben, das eine Vorbedingung ihrer breiteren Theilnahme am öffentlichen Leben und Weben der Nation sei.“ Die Bourgeoisie zeigte sich in Errichtung von Bildungsanstalten — natürlich nicht auf ihre Kosten — fast ebenso freigebig wie in der Ausübung neuer Steuern und Zölle. Kurz, die Schulreformen,

die Bildungsfrage war eine Zeit lang das große Paradeperd, das die liberalisirende Bourgeoisie vor den Augen der Masse fabrizieren ließ.

Und eine Zeit lang war sie mit diesem ihrem Werk sehr zufrieden, denn es erwies sich als hervorragend einträglich; es verschaffte ihr „intelligenteren, leistungsfähigere Hände“ und billige geistige Lohnarbeiter.

Im Laufe der Zeit bekam jedoch die Frucht der Aufklärung einen recht bitteren Beigeschmack. Das Wissen der Massen strebte danach, sich als Macht zu betheiligen, die Aufklärung führte zur Auflehnung. Die freigeistende und aufklärerischwütende Bourgeoisie ward wieder fromm und donnerte gegen die „Halbbildung“ der Massen, sie erklärte den Andrang der Angehörigen der unteren Klassen, besonders des ökonomisch zu Grunde gehenden Kleinbürgerthums, zu den sogenannten „höheren“ und „liberalen“ Verufen in Acht und Bann, denn sie zitterte hier und da vor den Folgen. Die Vorkämpfer der liberalen Volksaufklärung mußten überall den Dunkelmännern weichen, denn „man beunruhigte sich über die Gefahren, welche die Verbreitung der Bildung über die soziale Ordnung heraufbeschwor.“

Ganz besonders zeigten sich die Herrschenden dem steigenden Anschwellen des Proletariats der Koparbeit gegenüber beunruhigt und betroffen. Gutgesinnte und in einträglichem Stillsitzen befindliche Bourgeoisökonomien wiesen eben wiederholt auf die Gefahren hin, welche in der Person der gebildeten Deklassirten drohen, die in einem gegebenen Augenblick die stiefmütterliche, bestehende Gesellschaft um so erbitterter bekämpfen müssen, je überschwinglicher die Ansprüche und Hoffnungen gewesen, welche sie an die Aneignung einer höheren Bildung geknüpft.

Die liberalisirende Bourgeoisie und die jüngste ökonomische Wissenschaft sind dahin gekommen, die Meinung der katholischen Kirche in Betreff der Bildung zu theilen. Das Wissen ist ein herrliches Ding, so lange es in den Händen einer Klasse, zum Nutzen dieser Klasse monopolisirt bleibt. Das Wissen ist eine höchst gefährliche Sache, sobald es anfängt, in den Händen von Unterdrückten und Kämpfenden Mittel der Befreiung zu werden. Sollte die Klasse gerettet werden, so mußte die Bourgeoisie mit der Vertheilung des Wissens sehr sparsam sein. Vor den Emanzipationsbestrebungen des Proletariats zerplatzte der Bildungsenthusiasmus der Bourgeoisie wie eine Seifenblase, die einen Moment geschillert und nun nichts als ein Häufchen schmutzigen Schaums zurückläßt.

Und die Bourgeoisie hat von ihrem Standpunkte aus Recht, für die gegenwärtige Ordnung vor den Deklassirten zu zittern, welche sie, damit das Angebot die Nachfrage übersteige und die Preise drücke, in Masse gezüchtet hat, wobei sie sich allerdings angelegen sein ließ, das, was eine Forderung des kapitalistischen Mechanismus war, hinter dem Feigenblatt der Liebe zur Bildung zu verdecken.

Im Schooße der heutigen Gesellschaft ist ein intellektuelles Proletariat entstanden, eine Klasse von intelligenten und unterrichteten Leuten, welche auf Gottes Erdboden nichts weiter als die Kraft ihres Gehirns ihr eigen nennen, die sie — wie der Handarbeiter seine Muskelkraft — pro Monat, Woche oder Tag verlaufen müssen. Und wie die Angehörigen des Proletariats der Handarbeit sind sie allen Zufälligkeiten, allem Elend der kapitalistischen Ausbeutung preisgegeben. Die Zahl dieser Proletarier der Koparbeit wächst von Tag zu Tag, und es ist sicher, daß sie ihrerseits innerhalb der heutigen Gesellschaft zu revolutionären Elementen werden müssen. Pseudoliberaler Politiker und Nationalökonomien mögen zehnmal warnen, mit Verbreitung der Bildung vorsichtig zu sein, damit einzuhalten; wie Raffandra predigen sie tauben Ohren.

Die katholische Geistlichkeit, welche zur Zeit ihrer Allmacht im Mittelalter ihr Anathema gegen die Naturwissenschaften schleuderte, dieselben für Erfindungen des Teufels erklärte, war logisch. Die Geistlichkeit wollte sich das Monopol der Wissenschaft vorbehalten, deren Nutzen als Werkzeug der Herrschaft sie zu schätzen wußte, und so bestrebte sie sich, alle unterrichteten Männer der Zeit in ihre Reihen einzufügen, daselbst festzuhalten. Die Bourgeoisie unserer Tage, welche gegen die Bildung donnern, verstehen nicht die ökonomischen Forderungen der Gesellschaft, in welcher sie leben. Die kapitalistische Gesellschaft mag wollen oder nicht, sie ist dazu verurtheilt, auf Verbreitung der Bildung, des Unterrichts hinzuwirken, ein zahlreiches geistiges Proletariat zu schaffen, und wenn sie daran zu Grunde gehen sollte.

Die Philanthropen, diese Jesuiten des Gottes Dreimarkstück, wollten wohl glauben machen, daß die Bourgeoisie aus selbstloser, reiner Liebe zum Volke und zur Wissenschaft handelte, als sie für Verbesserung des Volksschulunterrichts eintrat, als sie Gewerbe-Akademien und -Schulen, landwirtschaftliche Institute, Realschulen und Gymnasien gründete, in denen es Freiplätze und Stipendien gab, welche die unbemittelten Eltern für ihre Kinder erbetteln konnten, die sich durch Anlagigkeit und Fleiß auszeichneten. Aber diese erhabene Selbstlosigkeit war in geriebener Weise berechnet.

Die moderne Großindustrie bedarf nicht nur eines Proletariats der Handarbeit, sondern auch eines Proletariats der Koparbeit. Sie bedarf einer Schaar von Handarbeitern, die keine technischen Vorkenntnisse nöthig haben, die binnen etlichen Stunden oder Tagen die automatischen Bewegungen erlernen, welche sie ausführen müssen. Sie braucht keine Menschen, sie braucht nur „Hände.“

Die Fabrikarbeiter brauchen sich nicht ihres Gehirns zu bedienen; Häderwerk aus Fleisch und Bein sind sie

einem eisernen und stählernen Mechanismus eingefügt, der ihre Bewegungen beherrscht und regelt. Das technische Wissen und Können, welches früher der Handwerker besitzen mußte, ist auf die Maschine übergegangen. Jedoch um den Mechanismus aus Eisen und Menschenfleisch zu leiten, bedarf es einer intelligenten Elite, die aus Werkführern, Mechanikern, Ingenieuren, Chemikern, Elektrotechnikern, Agronomen, Direktoren, Administratoren besteht.

So lange die Zahl der geistigen Lohnarbeiter nur gering war, konnten diese ihre Gehirnkräfte hoch taxieren und auf Preise halten. Die Bourgeoisie war darüber in heller Verzweiflung. Allein sie kannte das Gegengift gegen dieses Uebel, welches das Herz der Kapitalisten, die Kasse, traf, und dieses hieß: mehr geistige Lohnarbeiter fabrizieren, als es Plätze gab, in denen sie untergebracht werden konnten, eine Ueberproduktion an Proletariern der Kopfarbeit schaffen, damit diese untereinander die Preise drückten und sich möglichst billig veräußerten. Die von den Philanthropen so überschwänglich gepriesene Verallgemeinerung der Bildung, die mit soviel Orientierung vertheilten Stipendien hatten nur einen Hauptzweck: den Marktpreis der geistigen Lohnarbeit heruntorzudrücken. Heutzutage, wo unter dem kapitalistischen Regime alles Waare geworden, die Muskelkraft der Arbeiter, die Richtung der Zeitungen, die Gesinnung der „Volksvertreter“, die Schönheit der Frauen, die Ehre der Wissenschaft, da wird auch die Leistungsfähigkeit der Ingenieure, Techniker verkauft, wie man Erdäpfel, Baumwolle, Eisen verkauft. Wie bei jeder anderen Waare, so richtet sich auch ihr Preis nach dem Verhältnis zwischen Angebot und Nachfrage, er steigt, wenn der Artikel selten, jedoch viel begehrt ist, er sinkt, wenn der Artikel im Ueberfluß vorhanden und wenig gesucht wird.

Bezeichnend für die Absichten, welche der selbstlosen Verallgemeinerung der Bildung durch die Bourgeoisie zu Grunde lagen, ist, daß so gewandte Ausbeuter der Arbeiterklasse wie die Mühlhauener Fabrikanten sich durch den Eifer hervortraten, mit dem sie „auf eigene Kosten“ — wer's nicht glaubt, zahlt einen Thaler — Schulen gründeten, in welche sie die mit besonderen Fähigkeiten begabten Kinder ihrer Arbeiter schickten. Sie fabrizierten so mit geringem Kostenaufwand Zeichner, Ingenieure, kurz das ganze Personal geistiger Lohnarbeiter, deren sie für ihren Betrieb bedurften, und die ihnen billig zur Verfügung standen; und erhielten noch den Titel als große Philanthropen und „Väter der Arbeiter“ als Zugabe.

In dem Maße, als Fachschulen für Chemie, Technik, Kunstgewerbe, Landwirtschaft gegründet, als der Eintritt in dieselben erleichtert worden, sind auch die Preise — pardon, die Gehälter — der Chemiker, Techniker, Ingenieure gesunken. Die Ueberproduktion thut ihr von der Bourgeoisie erföhntes und gewolltes Werk.

Die Zahl der geistigen Lohnarbeiter hat sich derart vermehrt, daß sich ihr Marktpreis entsprechend vermindert hat und weiter vermindert, so daß die Kapitalisten hoffen dürfen, ihr technisches Personal bald zum nämlichen Preise zu haben, mit dem sie die Handarbeiter abholten. Und nicht nur der Preis der geistigen Lohnarbeiter ist beträchtlich gesunken, auch die Behandlung, welche diese von seiten ihrer Brotherrn erhalten, hat sich entsprechend verschlechtert. In der heutigen Gesellschaft gilt eben der Einzelne nicht nach dem, was er leistet, sondern bloß nach dem, was er besitzt und was er verzehren kann. Die Hochachtung der Kapitalisten vor der „höheren Bildung“ des Proletariats der Kopfarbeit hielt nur so lange Stand, als diese höhere Bildung Mittel war, auch höhere Einnahmen zu erzielen. Nicht das Wissen war das ausschlaggebende Moment, sondern das „Geldverdienen.“

Die kapitalistische Gesellschaft wird diese Ueberproduktion zum Zwecke der Preisdrückung der geistigen Lohnarbeiter freilich noch theuer bezahlen müssen. Sie rüstet zwar dieselben mit allen Waffen der modernen Wissenschaft aus, sie entwickelt ihre Intelligenz, aber sie reißt sie nicht in das Häuflein der Privilegirten ein, wie dies die katholische Geistlichkeit im Mittelalter mit den entwickelten Geistern that. Trotz ihrer gehendsten Achtung vor der Bildung kennt sie den geistigen Proletariern gegenüber keine andere Rücksichten, als die des Waarengesetzes, sie behandelt sie — und dies mit Fug und Recht — nicht anders als die übrigen Lohnarbeiter. Die Folgen davon werden nicht ausbleiben.

Noch sind die Mehrzahl der geistigen Proletarier dem Willen der Kapitalisten unterthan, noch schauen sie von oben herab auf ihre Kameraden mit der schwieligen Hand, noch halten sie sich von der Arbeiterbewegung fern und verstärken die Reihen der reaktionären Bourgeoispartei. Aber die Zeit wird kommen, und für viele ist sie schon hereingebrochen, wo die Proletarier der Kopfarbeit unter der Logik des „Wer nicht hören will, muß fühlen“, befreit werden, daß sie trotz ihrer Angströhren und Titel Lohnarbeiter, Sklaven des Kapitals sind, daß ihre wissenschaftlichen Kenntnisse sie nicht vor dem Hungertode schützen, und daß sie zur sozialistischen Arbeiterpartei gehören, als der einzigen Partei, welche die Interessen der Arbeit überhaupt dem Kapital gegenüber vertritt.

Die Proletarier der Kopfarbeit werden sich dann in wirksame Elemente der sozialen Sährung verwandeln, und sie werden das Wissen, welches ihnen die kapitalistische Gesellschaft nothgedrungen geben mußte, in den Dienst der sozialistischen Arbeiterbewegung stellen, denn sie gehören mit dem Proletariat der Handarbeit zusammen zur Partei der sozialen Umformung, wie der rechte und linke Handschuh zusammen ein Paar ausmachen.

Jesuiten hatten Voltaire, Diderot und viele der großen Revolutionäre erzogen, welche die Herrschaft der Aristokratie theoretisch und praktisch zerstörten.

Die Kapitalisten schaffen unter dem Drucke des modernen mechanischen Großbetriebes das geistige Proletariat, das mit der Bruderklasse der Handarbeit zusammen die Bourgeois Gesellschaft in das Grab stoßen wird, das ihr die Entwicklung der ökonomischen Verhältnisse gegraben.

Die Erklärung des Streikens für „freiwilligen Müßiggang“.

der alle Ansprüche auf öffentliche Unterstützung aufheben und mit Haft zu bestrafen sei, war bekanntlich von den Hamburger Behörden beliebt worden.

Das ist selbst dem Blatte für Unternehmerschutz, der „Köln. Ztg.“, zu viel. Sie schreibt:

Ein hervorragender Kriminalist, Reichsgerichtsrath Mittelstädt, hat vor kurzem darauf aufmerksam gemacht, daß die Neigung zu ausdehnender Auslegung der Strafgesetze in der deutschen Rechtsprechung in bedenklichem Maße herrschend geworden sei und daß hieraus Uebelstände entstehen, indem das Gesetz auf Fälle angewandt werde, an welche der Gesetzgeber nicht gedacht habe.

Angeht die Verfügung des hamburgischen Senats, wonach § 361 Z. 5 des Strafgesetzbuchs unter Umständen gegen Arbeiter anzuwenden sei, welche durch Arbeitseinstellung sich des Unterhalts berauben und als Folge hiervon die Unterstützung ihrer Familien durch fremde Hilfe erforderlich machen, scheint es uns geboten, an diese Auslassungen zu erinnern; thatsächlich wird hier dem angeführten Paragraphen eine Tragweite gegeben, die er nicht hat, und es bedarf keines eingehenden juristischen Nachweises, daß bei seinem Erlaß die Gesetzgebung an die Folgen von Arbeitseinstellungen auch nicht entfernt gedacht hat.

§ 361 Z. 5 lautet: „Wer sich dem Müßiggang dergestalt hingiebt, daß er in einen Zustand geräth, in welchem zu seinem Unterhalte oder zum Unterhalte derjenigen, zu deren Ernährung er verpflichtet ist, durch Vermittelung der Behörde fremde Hilfe in Anspruch genommen werden muß, wird mit Haft bestraft.“ Wir haben es bei Besichtigung der Hamburger Meldung schon bezweifelt, ob diese Ausdehnung des Begriffs Müßiggang auf den Arbeiter, der behufs Erlämpfung besserer Lohnbedingungen das Werkzeug niederlegt, zulässig sei. Erweitert man den Begriff des Müßiggangs in dieser Weise, so könnte man dahin kommen, jeden zu bestrafen, der z. B. eine gesicherte Lebensstellung in der Hoffnung aufgibt, eine bessere Stellung zu erringen, sich aber schließlich in seinen Erwartungen und Berechnungen getäuscht sieht.

Wir können einer solchen gezwungenen Ausdehnung und Auslegung des Strafgesetzes nicht beistimmen. Solche gezwungene, dem gemeinen Rechtsbewußtsein unverständliche Auslegungen rufen in den unteren Schichten der Bevölkerung ein Gefühl der Erbitterung und des Unmuths hervor, sie tragen dazu bei, das Vertrauen auf die Objektivität der Verwaltung und Rechtsprechung zu erschüttern und sollten deshalb unterlassen werden. . . . Mit solchen Gesetzesauslegungen kann man gegen die Ausstandsbewegung doch keinen Erfolg erringen.

Vernichtende Urtheile über die Schutzollpolitik

finden wir mit einem Male in konservativen deutschen Blättern. Und das hat die dem deutschen Export unheimlich gefährliche Mc. Kinley-Bill in den Vereinigten Staaten gethan.

Das „Chemnitzer Tagebl.“ z. B. schreibt:

Als Schutzollner und Werkzeuge der Großindustrie verlangen die Republikaner eine Tarifreform, welche die ausländische Konkurrenz womöglich ganz beseitigt. In der sogenannten Mc. Kinley-Tarifbill finden ihre Bestrebungen den praktischen Ausdruck; denn diese Bill führt das vor Augen, was die amerikanischen Großindustriellen unter „Schutz der nationalen Arbeit“ verstehen: möglichst hohe Gewinne für die eigene Tasche. . . . Was die Bill zu Falle bringen und den Uebermuth der republikanischen Hochschutzzöllner brechen kann, ist einzig und allein die Macht der öffentlichen Meinung in Amerika selbst, wenn sie für die wirtschaftlichen Interessen der übrigen Bevölkerungsklassen gegen die Profitgier der Vertreter der Großindustrie energisch eintritt.“

Das Blatt zitiert auch die Aeußerung des Abgeordneten Butterworth-Ohio: „Er sehe nicht ein, warum man die Profite einer schon jetzt besonders bevorzugten Klasse noch erhöhen wolle. . . . Das Land würde in Fällen der gedachten Art besser thun, die betreffenden Leute auf Regimentsunkosten in einem Hotel erster Klasse in Newyork einzuquartieren und so gut zu verpflegen, als sie nur wünschen möchten.“

Diese Darlegungen findet dasselbe „Chemn. Tagebl.“ recht „vernünftig“, das jahrelang zu gunsten der sächsischen Großindustrie die deutsche Schutzollpolitik verteidigte.

Die Kaufleute und die gesetzliche Sonntagsruhe.

Der vom Münchener „Kaufm. Verein“, dem Verein „Mercur“, dem Katholisch-Kaufmännischen Verein „Gansa“ und dem „Kommis-Unterstützungsverein“ niedergesetzte Ausschuß kaufmännischer Korporationen hat eine außerordentlich eingehend begründete Petition in Sachen der kauf-

männischen Sonntagsruhe an den Reichstag gesandt, welche zu folgendem Schluß kommt:

„Schließlich bitten wir im Namen der zusammen circa 3000 Mitglieder zählenden und von uns vertretenen Körperschaften, sowie im Namen der Massenversammlung, welche am 12. Oktober 1889 in München die „vollkommene Sonntagsruhe für den Handelsstand unter allen Umständen erstrebenswerth“ fand,

der Hohe Reichstag möge jene Vorlage (die Gewerbenovelle), deren Annahme eher eine berechtigte Unzufriedenheit nähren, als den Bedürfnissen wahrhaft entsprechen könnte, rund ablehnen und einen Beschluß dahin fassen:

„Daß in Zukunft im ganzen deutschen Reiche alle Sonntage vollständige Ruhetage für den Handelsstand sein sollen, wie bisher der Ofter- und Pfingstsonntag und das Weihnachtsfest.“

Man sieht, wie wenig dem zielbewußten Handelsstande mit dem schwächlichen Vorschlag der Regierungsvorlage gedient ist.

Weberelend.

Einen erschütternden Eindruck macht die Petition, welche von den Webern des Culengebirges an den Kaiser gerichtet wurde. Es heißt dort u. A.:

„Der Industriezweig der Handweberei, welchem wir angehören, hat schon längere Jahre unter dem Drucke der Konkurrenzunfähigkeit schwer zu leiden. Infolge dessen sind die Löhne soweit heruntergedrückt worden, daß ein Weber der Hausindustrie bei täglich 14stündiger Arbeitszeit einen wöchentlichen Durchschnittslohn von nur fünf Mark — auch darunter — verdient.“

„Davon fallen noch 50 bis 60 Pf. auf Spulerlohn ab; denn von dem Garne, welches der Weber zur Verarbeitung in die Kette hält, müssen Spulchen gefertigt werden ohne sie kann der Weber keine Waare herstellen. Dieses Spulen ist meist Beschäftigung der Kinder, welche schon mit fünf Jahren dazu herangezogen werden und daher vielfach einer Verkümmung ihrer körperlichen Entwicklung preisgegeben sind. Zum Theil müssen ja auch Erwachsene diese Arbeit verrichten, doch können dieselben, wenn sie nicht in irgend einer Art und Weise Unterstützung erhalten, sich davon nicht nähren.“

„Die Frau des Webers muß ebenfalls am Webestuhle arbeiten, und sie verdient während der Zeit, wo sie nicht von den häuslichen Arbeiten in Anspruch genommen ist, einen Wochen durchschnittslohn von 2 Mark 50 Pfennigen!“

„Die theueren Lebensmittel und die Preissteigerung des Feuerungsmaterials machen bei unserem geringen Verdienste das uns so nothwendige Fleisch fast unerreichbar, und müssen daher Kartoffeln unsere Hauptnahrungsmittel bilden.“

Politisches, Gewerkschaftliches.

In Frankreich hat jetzt Minister Constans ein Gesetz über die Altersversorgung der Arbeiter ausgearbeitet, dessen wichtigste Bestimmungen hier folgen:

Der Staat sichert jedem Franzosen, dessen Jahreseinkommen von seiner Arbeit weniger als 3000 Francs beträgt, von seinem 55. Lebensjahre an eine Leibrente von mindestens 240 und höchstens 360 Francs. (also von 190 bis 290 Mark) jährlich zu, wenn er, von seinem 25. Lebensjahre angefangen, jährlich mindestens 20 und höchstens 38 Francs. an die Staatskasse bezahlt. Der Staat legt dem eingezahlten Betrag ein Drittel zu. Wenn der Versicherte seine Jahresbeiträge, nachdem er angefangen hat, nicht weiterbezahlen kann, so verliert er darum die Wohlthat der Versicherung nicht. Es genügt, daß er später zu irgend einer Zeit vor vollendetem 55. Jahre die rückständigen Jahresbeiträge bezahle. Auch jenen Personen, die sich bei den bestehenden Rentensicherungsklassen eine Leibrente von höchstens 360 Francs. gesichert haben, kommt der Staat zu Hilfe, indem er ein Drittel der Versicherungsgebühr für die Leibrente oder ein Viertel zuzahlt, wenn es sich um eine gemischte Versicherung mit Leibrente und Kapital für die hinterbleibende Wittve und Kinder handelt. Nach diesem Gesetzentwurfe soll auch ein solcher über die Unfall-Versicherung eingebracht werden.

Der bekannte Schweizer Fabrikinspektor Edm. Rüspert ist am Sonntag in Aarau gestorben. Seine rastlose Thätigkeit im Interesse der Arbeiter wird von allen Seiten anerkannt. Er hatte aber auch eine gute Schule durchgemacht. Anfangs der Sechziger Jahre hatte er, wie die „Baseler Nachrichten“ schreiben, in London in der vordersten Reihe an der Arbeiterbewegung theilgenommen. Am internationalen Arbeitertage 1864 war Rüspert der Delegirte der Schweiz und saß neben Karl Marx und Eccarius im provisorischen Komitee. — Hätten wir doch auch in Deutschland so ein Paar Fabrikinspektoren von dieser Sorte!

Wird Belgien endlich das allgemeine Stimmrecht erhalten? Es scheint, als ob es in nicht ferner Zukunft dazu kommen soll. Das offiziöse „Journal de Bruxelles“ schreibt gelegentlich der Wahl zu den Gewerkeräthen:

„Es ist nicht möglich, weder materiell noch moralisch von einem allgemeinen Rechte auf nationale Vertretung Massen beständig auszuschließen, welche bezüglich der Wahl der Gewerbetätigen regelmäßig und ehrlich ein Wahlrecht genießen haben werden, das für eine der drei öffentlichen Reichthumsquellen, für die Interessen der Arbeit, eingeseht worden ist.“

Diese Erklärung des offiziellen Blattes, das noch

unlängst jeden Versuch auf Abänderung der Verfassung auf's schroffste zurückwies, ist um so beachtenswerther, als sie nach den legislativen Wahlen abgegeben wird.

„Immer mehr, immer stärker wird die Unzufriedenheit, ja es läßt sich nicht länger verhehlen, die Erbitterung in den Kreisen der Arbeitgeber über die Art und Weise, wie von den verschiedensten Seiten an der Lösung der sozialen Frage herumgedokktert wird. . . . Die Unternehmer sind zu materiellen Leistungen noch bereit, aber sie sind es satt, sich von jedem „Sozialpolitiker“ hofmeistern oder von den Arbeitern terrorisieren zu lassen. . . . Auch die Sozialpolitik kennt Rosetterie. . . sie erweckt unberechtigte Wünsche und Hoffnungen in den Arbeiterkreisen und erbittert gerechterweise die Unternehmer.“ So steht am 9. Juni das „Süddeutsche Bank- und Handelsblatt.“

Die Arbeiter im englischen Staatsdienst. Am 16. Mai versammelten sich in London etliche 2000 Postbeamte auf dem Clerkenwell Green, um den fünfzigsten Jahrestag der Einführung der Penny-Post zu feiern. Damit handelten sie dem Ullas des Generalpostmeisters Raikes zuwider, welcher den Postbeamten nur unter gewissen Bedingungen und unter Zuziehung amtlicher Stenographen erlaubt, Versammlungen abzuhalten. Von den 2000 Zuwiderhandelnden sonderte Herr Raikes 100 Mann aus und verlangte, sie sollten Abbitte thun und das Versprechen ablegen, in Zukunft keine Meetings mehr zu besuchen. Bis auf den letzten Mann weigerten sich die Angestellten, das verlangte Versprechen zu geben. Sie sind daher wegen „Insubordination“ schwer bestraft worden. Die älteren Männer, von denen einige 20 bis 30 Jahre im Dienst gestanden haben, wurden ihrer Vorrechte verlustig erklärt und büßen von ihrem Wochenlohn 5 sh. ein. Mehrere jüngere Angestellte wurden mit 3 bis 6 Tagelöhnen Buße bestraft und eine größere Zahl vom Dienste ganz suspendiert, bis sie schriftlich Abbitte thun. Diese Maßregelungen wurden plötzlich vollzogen. Den Angestellten wurden ihre Strafen von den Postmeistern in Anwesenheit des Personals mitgeteilt, aber statt Bestärkung hervorzurufen, verursachte dieser willkürliche Schritt des Ministers eine gewaltige Aufregung. Die Bestraften wurden von den übrigen Postbeamten mit Beifall begrüßt; man weigerte sich, die Arbeit der Suspendierten zu übernehmen; die Vorgesetzten verloren jede Kontrolle über ihre Untergebenen und hätten nicht die Leiter der **Gewerkschaft der Postbeamten** Ruhe geboten, so wäre ein allgemeiner Ausstand ausgebrochen. Eine weitere Folge dieser Maßregelung war, daß die wenigen Postbeamten, welche bisher dem Fachverein ferngestanden, sich demselben einmütig angeschlossen haben.

Der Monarch und der allerunterthänigste Mond. Greiz, 9. Juni. Die vorzügliche „Landeszeitung“ hat sich wieder einmal einen jener inbrünstigen Ergüsse geleihet, welche so oft der Bevölkerung des Landes Neuf-Greiz Bewunderung abgenötigt haben. Selbst der Mond wird diesmal in den Dienst des Lokalpatriotismus gepreßt; er hat am ersten Abend des Rosenmonats so wunderbar geleuchtet, daß es den Einwohnern des ehrfamen Ortes Burgl ganz schwarz-roth-gelb vor den Augen geworden ist. Die „Landeszeitung“ schreibt in ihrem feierlichsten Stile: „Burgl, 1. Juni. Heute Abend gegen 10 Uhr traf Sr. Hochwürdigste Durchlaucht unser gnädigst regierender Fürst und Landesherr hier ein, Höchstwelder, nach glücklicher Reise von Franzensbad mit dem Abendzuge von Schlez ankommend, im tags vorher aus der Residenz hier angelangten Hofwagen weiterfuhr. Da der volle Mond am Himmel stand, war die geliebte Person des durchlauchtigsten Landesherren für die Burglbesohner, deren ehrfurchtsvollen Gruß der einfahrende hohe Burglherr trotz der vorgehenden Abendstunde in huldvoller Weise erwiderte, wie bei Laashelle sichtbar, sodas sich die besüßten Bürger hocherfreuten Auges von dem allerhöchsten Wohlbehinden des treuen Landesvaters überzeugen konnten.“

„Auf den Knien darum sollte die Menschheit, die Deutschen voran, dem Schöpfer und Erhalter aller Dinge danken, daß er einen Hohenzollern gesandt hat, der die Zeit in ihrem innersten Kern versteht und das weltgeschichtliche Ansehen seines Stammes dafür einzusetzen entschlossen ist, daß die politische Aferichtung Deutschlands, die sein großer Vorfahr vollendet, die soziale Wiedergeburt der Nation und damit auch die der übrigen nach sich ziehe, und so den Eingang in ein neues Weltalter

bilde. So aber ist der Lauf der Dinge nicht. Noch mehr als an dem Gedanken selbst mißt sich die Größe der „Schicksalsmenschen“ an der Kraft, mit der sie den Widerstand der zähen Unvernunft, der blinden Selbstsucht niedergewingen. Riesengerade stehen diese auch heute da. Allein, dem Antas gleich, wird sie der Kaiser zu zermalmen wissen, wenn er sich auf die Muttererde der Liebe und des Vertrauens stellt, die ihm sein Volk entgegenbringt.“ So schreibt die „Kreuztg.“ in ihrer Freude über das bishen Arbeiterschutzes und die vielen Soldaten.

Entlarvung der Sozialdemokratie. Die Kreuztg. läßt sich aus Hagen schreiben:

Im rheinisch-westfälischen Industriebezirke läßt die allgemeine Sicherheit sehr zu wünschen übrig. Ueberall hört man laute Klagen über die Verrohung der Sitten u. s. w. Ein Menschenleben wird für nichts geachtet und schändliche Mordthaten, Sittlichkeitsverbrechen, schwere Einbrüche u. s. w. sind wieder so recht an der Tagesordnung. Wir gehen wohl nicht fehl, wenn wir als Ursache dieser Verwilderung der arbeitenden Bevölkerung einmal das Umsichgreifen der Sozialdemokratie bezw. der Gottlosigkeit, und ferner die **besseren Lohnverhältnisse** hinstellen. In den siebziger Jahren, als die Arbeiter viel verdienten, waren sie auch auf dem Wege der Moral in starken Defekt gekommen und heute geben sie dasselbe Bild. Kann man sich wundern, wenn in der Morgenherbst beginnenden Schwurgerichtsperiode von sechs Fällen vier Sittlichkeitsverbrechen, ein Meineid und ein Todtschlag vorliegen? Wohin werden wir gelangen, wenn da nicht bald Mittel und Wege gefunden werden, die dem bösen Treiben Einhalt gebieten?! Großer Gott! Was für entsetzliche Verbrechen müssen bei so demoralisirenden Folgen des Geldes erst die Hagener Bourgeois sein, wenn die Paar Pfennige Lohnverhöhung den Arbeitern schon so zu Kopf gestiegen sind? Wie viel Sittlichkeitsverbrechen pflegen sie wohl durchschnittlich am Tage zu begehen? Oder wirkt das Geld vielleicht nur auf die schon von Natur bösen Arbeiter schlecht, während es die edelmütigen Instinkte der Kapitalisten zu einer noch reicheren Entfaltung bringt? Höchst wahrscheinlich, fromme Kreuztg., verhält es sich so! Nicht wahr? Die Arbeiter werden um so moralischer, je schlechter sie es haben, die Kapitalisten um so moralischer, je besser sie es haben. Darum Heiligkeit der Ausbeutung im Interesse der Moralität! Es geht doch nichts über die „göttliche Weltordnung.“

Stumm'sche Fabrikklause kennt man auch in England. Den Beamten in der „Provinzial-Bank von Island“ ist es verboten, ohne Genehmigung ihrer Vorgesetzten zu heirathen, sobald sie weniger wie 156 Pfund (über 3000 Mark) per Jahr verdienen und eine ganz ähnliche Maßregel ist, wie die Londoner „Freie Presse“ hört, in den großen Londoner Banken im Gebrauch.

Aufruf an alle in Deutschland bestehenden Krankenkassen der Bäcker. Zur Erlangung eines Nachweises über die Fälle der verschiedenartigen Berufskrankheiten, Brüche, Bruchschäden sowie Bruchverletzungen, welche sich die Bäckergehilfen bei Ausübung ihres Berufes zugezogen haben, werden alle obenbezeichneten Krankenkassen ersucht, unter ihren Mitgliedern Nachweise über alle vorkommenden Fälle zu veranstalten und behufs Aufstellung einer allgemeinen Statistik für das Jahr 1890 bis spätestens den 31. Januar 1891 an den Unterzeichneten einsenden zu wollen. Die Beteiligung sämtlicher Bäckerkrankenkassen ist dringend erwünscht, und wollen die Herren, welche die Zusammenstellung vornehmen, gewissenhaft und streng auf Wahrheit beruhende Unterlagen benützen. Ganz besonders werden die örtlichen Verwaltungsstellen der Zentral-Kranken- und Sterbekasse der Bäcker und verwandten Berufsgenossen Deutschlands darauf aufmerksam gemacht. Um eine möglichst weite Verbreitung dieses Aufrufs herbeizuführen, werden alle arbeitervreundlichen Blätter um Aufnahme desselben gebeten. Dresden, im Juni 1890. Ed. Zehl, Mittelstraße 6, part.

Aufruf an alle Arbeiter der Eisenbahn-Werkstätten und der diesen unterstellten Betriebe Deutschlands! Kollegen! Es hat am 26. und 27. Mai zu Magdeburg ein Kongreß obengenannter Arbeiter stattgefunden, auf welchem beschlossen wurde, Mittel und Wege anzubahnen, auf welchen auch für das Eisenbahn-Proletariat eine bessere Lebensstellung erreichbar wäre. Dieses zu bewirken, ist ein Auspruch auf Beschluß des Kongresses eingeleitet worden, der seinen Sitz in Berlin hat, um die Agitation über ganz Deutschland zu betreiben, Vereine aller Orts zu gründen, deren Aufgabe es sein soll:

1. bessere Lohn- und Arbeitsbedingungen anzustreben;
2. durch wissenschaftliche und aufklärende Vorträge den Geist zu wecken und das wahre Solidaritätsgefühl zu fördern.
Nur die Einigkeit allein kann uns zum Siege führen, Einigkeit macht stark und Eintracht macht glücklich; darum schaaren wir uns zusammen, vereinigen wir uns und streben wir das Wohl der Gesamtheit an. Mit kollegialischem Gruß der Ausschuss: Schüler, Lackner, Berlin, Friedenstraße 74; Köbeler, Lackner, Berlin-Friedrichsberg, Friedrich-Karlstraße 18a; Kabau, Tischler, Berlin, Müdersdorferstraße 58. Alle Anfragen und sonstigen Aufträge sind an Schüler, Berlin, Friedenstraße 74, zu richten.

Zimmerleute! Versammlung der Freien Vereinigung am Sonntag, den 22. d. M., Vormittags 10 1/2 Uhr, in Orichel's Salon, Sebastianstraße 39. Tagesordnung: 1. Vortrag über die wirtschaftliche Lage der Arbeiter und das Koalitionsrecht. 2. Diskussion. 3. Verschiedenes. Gäste willkommen.

Fachverein der in Buchbindereien und verw. Betrieben beschäftigten Arbeiter. Sonnabend, den 21. Juni, Abends 8 1/2 Uhr, Vereinsversammlung. 1. Die neuesten Unternehmerverbände und ihre Folgen für die Arbeiter. Referent J. Pirch. 2. Verschiedenes und Fragesachen.

Allgemeine Kranken- und Sterbekasse der Metallarbeiter und Zentral-, Kranken- und Sterbekasse der Metallarbeiter „Vulkan“, (C. S. 29 und 89 Hamburg), Filiale Berlin S. Versammlung Sonnabend, den 21. d. M., Abends 9 Uhr, Müngstr. 11, bei Zentner. Rassenbericht. Neuwahl der gesamten Ortsverwaltung. Verschiedenes.

Literarisches.

Magdeburg wird vom 1. Juli ab sein Arbeiter-Tageblatt haben. Es nennt sich „Volksstimme“, als verantwortlicher Redakteur zeichnet Hans Müller, als Verleger Rag Baetge-Budau, Redaktion und Expedition befinden sich Heilige Geiststraße 29. In der Postzeitungsliste ist die „Volksstimme“ unter Nr. 6280c. eingetragen. Wir wünschen dem Blatte, da in der Provinz Sachsen ein ausgezeichnetes Wirkungsfeld vor sich hat, den besten Erfolg.

Volksbibliothek des menschlichen Wissens, herausgegeben und verlegt von Bruno Geiser, Breslau, Lützowstr. 16. Auch zu beziehen durch H. Schnabel in Dresden (Zwingerstr. 8). Heft 129 und 130.

Protokoll des internationalen Arbeiterkongresses zu Paris, abgehalten vom 14. bis 20. Juli 1889. Deutsche Uebersetzung. Mit einem Vorwort von Wlth. Liebknecht. 140 Seiten. Preis broschirt 50 Pf.

Briefkasten.

E. S. Färth. Ein sozialistisches kaufmännisches Organ existirt nicht. Am empfehlenswertheften dürfte immer noch die in letzter Nummer erwähnte „Kaufmännische Presse“ sein, die jedoch Arbeiter- und Unternehmerinteressen gemeinsam vertreten, also keine Klassenpolitik treiben will.

K. Hochstraße. Das Bild stellt den Mann einfach als Freiheitkämpfer dar; mit dem Schwert des allgemeinen Wahlrechts will er den Volksstaat (als Banner die rothe Fahne) erkämpfen. — **Oderberger.** Das Tragen ist an sich nicht verboten, aber ein Staatsanwalt kann unter bestimmten Umständen sicher groben Unfug, öffentliches Aergerniß und ähnliches herausfinden.

Zur Beachtung!

Vom 1. Juli ab befindet sich unsere Redaktion und Expedition am

Eliabeth-Ufer 55,

und bitten wir, alle Zuschriften und Bestellungen dorthin zu richten.

Der Verlag d. Berliner Volks-Tribüne.

Verein der Sattler u. Fachgen.

Sonnabend, d. 21. Juni, Ab. 8 1/2 Uhr, bei Deigmüller's, Alte Jakobstr. 48a

Versammlung.

Tages-Ordnung:

1. Das sozialistische Element in der National-Oekonomie. Referent Kerkjora.
 2. Diskussion.
 3. Verschiedenes.
- Die Bibliothek ist geöffnet. Um zahlreichen Besuch bittet

Der Vorstand.

Kranzbinderei u. Blumenhandlg.

von **J. Meyer**

No. 38, Skaltitzer Strasse No. 38, (in der Ecke bei der Mantelstraße).

Guirlanden 15 Pfg. pro Meter. Doppelbügelige Lorbeerkränze v. 50 Pf. an. Topfpflanzen, Bouquets u. gut u. billig.

Ein Mann, der im blühendsten Lebensalter durch Gebärdensschwäche schwere Körperverletzung, infolge dessen gänzlichen Vermögensverlust durch den Ausgang des Schwabensprozesses erlitten und nun vollständig erwerbsunfähig in der Welt steht, bittet billigsichtige Menschenfreunde um die Mittel, das Wiedererwerbungsverfahren durchzuführen zu können. Offerten unter F. H. befördert die Expedition d. Bl.

Sozialdemokratischer Leseklub

„Lessing.“

Jeden Montag, Abends 9 Uhr, Markusstr. 6. (Restaurant Spiekermann).

Vorlesung und Diskussion.

Gesellschaft für Verbreitung von Volksbildung.

Sonntag, den 22. ds. Mts.

Grosser Familienausflug nach Neu Treptow.

Treffpunkt bis 3 Uhr Nachm. in Lauff's Restaurant.

Montag, den 21. Juli cr.:

Zur Feier des 1. Stiftungs-Festes

Grosses Sommerfest

verbunden mit Garten-Konzert und Sommernachtsball unter gütiger Mitwirkung des Gesangsvereins „Freya“

in der **Gräfl. Reischach'schen Brauerei zu Stralau.**

Billets à 20 Pfg. sind zu haben bei folgenden Mitgliedern: W. Eide, Sorauer Straße 4, 3 Tr. S. Jenge, Langestr. 23, Quergeb. 3 Tr. bei Löfche, Altb. Friede, Adalbert-Straße 53, Hof 4 Treppen. Fräulein Schönberg, Lübbenerstr. 3. Emil Schade, Müdersdorfer Straße 64, Hof 2 Treppen. Fräulein Raabe, Königsbergerstr. 6, Hof 3 Tr.

Der Vorstand.

Versammlung

der

Filzschuh-Arbeiter u. Berufsgenossen

am Montag, den 23. Juni, Abends 8 Uhr, bei Fenske, Landsbergerstraße 37.

Tages-Ordnung:

1. Vortrag des Herrn Franz Bernst über die Bedeutung der Gefängniß-Arbeit. — 2. Diskussion. — 3. Verschiedenes.

Billets zum 20. Juli zur Landparthie werden ausgegeben. Um zahlreichen Erscheinen bittet

Der Vorstand.

Achtung! Magdeburg.

Bestellungen auf folgende Schriften nehme ich gern entgegen:

1. Berliner Volks-Tribüne.
2. Berliner Arbeiter-Bibliothek.
3. Neue Zeit, Stuttgart.
4. Zimmermann's Großer Deutscher Bauernkrieg.
5. Welterschöpfung und Weltuntergang (soeben erschienene 2. Auflage).
6. Wahrer Jakob.
7. Süddeutscher Postillon.
8. Sämtliche anderen Schriften, welche zur Belehrung des Arbeiters dienen.

Magdeburg, Alte Neustadt, Rogauerstr. 75.

Fleischhauer,
Kolporteur.

Die Thüringer Tribüne

vertritt die Interessen der Arbeiter in politischer, wirtschaftlicher und gewerkschaftlicher Beziehung in entschiedenster Weise. Dieselbe erscheint wöchentlich zweimal. In ihrer Rubrik „Aus Thüringen“ beleuchtet dieselbe speziell das Streben und Wirken des werkschätigen Volkes Thüringens.

Jede Postanstalt nimmt Abonnements zum Preise von 1 Mark vierteljährlich entgegen.

Im gleichen Verlage erscheint die „Menschliche Tribüne“ und das „Nordhäuser Volksblatt“, welche im zweiten Nachtrag der Postzeitungsliste eingetragen werden und zu den gleichen Bedingungen zu beziehen sind.

Der Verleger.

Erfurt, Karl Schulte.

Die Kreuzbandabonnenten

bitten wir, wo es irgend angeht, vom 1. Juli an direkt von der Postanstalt zu beziehen.

Die Bestellungen müssen möglichst bald, jedenfalls vor Monatschluss bewirkt werden und können bei allen Postanstalten des Reiches erfolgen (unter Nr. 893 der Zeitungsverzeichnisse für 1890).

Die Zeitung muß dann bei der betr. Postanstalt abgeholt werden. Gegen 15 Bfg. Aufgeld — also für Mark 1,65 pro Quartal — liefert aber der Briefträger auch frei in's Haus.

Wo Kreuzband aus besonderen Gründen weiter gewünscht wird, erbitten wir umgehende Nachricht; sonst nehmen wir an, daß direkte Bestellung bei der Post erfolgt ist und senden daher vom 1. Juli ab nicht weiter.

Sozialistischer Spaziergang.

II.

„Das auffallendste Beispiel dieser Art berichtet Lezpès. Er hat im mittägigen Frankreich eine kleine Ameisenart beobachtet, deren sehr kleine Gesellschaften sich aus nur ungefähr sechzig Mitgliedern zusammensetzen; und unter diesen befinden sich nicht weniger als zwanzig Königinnen. Hier arbeiten die letzteren mit. Ein solches Verhältnis erscheint nun allerdings sehr unsinnig und spricht jedenfalls nicht für die soviel gerühmte Zweckmäßigkeit der Natur-Einrichtungen. Aber das Mißverhältnis gleicht sich wieder dadurch aus, daß die Königinnen, wie gesagt, freiwillig auf ihre Faulheitswürde verzichten und — ihre „königliche“ Würde vergebend — an der Arbeit ihrer Unterthanen sich beteiligen. Hat man jemals etwas Ähnliches von den Menschen gehört? Auch bei ihnen finden sich staatliche Abnormitäten genug, welche an jenes Mißverhältnis bei den Ameisen erinnern. Man denke nur an die vielen kleinen Regentürsten in Afrika oder an die Zustände unseres ehemaligen deutschen Reiches, in welchem mehrere hundert souveräne oder unabhängige Fürsten, Grafen, Bischöfe, Erzbischöfe u. s. w. auf einige Millionen Unterthanen kamen! Oder an die schönen Zeiten des romantischen Mittelalters, in welchen jeder sporenklirrende Adlige über eine größere oder kleinere Schaar Höriger oder Leibeigener gebot! Aber hat man jemals vernommen, daß einer dieser kleinen Herrscher sich bis zur edlen Selbstverleugnung eines königlichen Ameisengemüths erhoben und an der segensbringenden Arbeit seiner Unterthanen mit eigenen Händen theilgenommen habe?“

Ebensowenig wie die sogenannten Königinnen beweisen die sogenannten Sklaven das Vorhandensein einer Herrschaft bei den Ameisen. Mit den „Sklaven“ hat es folgende Bewandnis: Gewisse große Ameisenarten, z. B. die „Amazone“, rauben sich von den kleineren Arten Larven oder Puppen und pflegen dieselben, bis sie austriechen. Die neuen Ameisen, die sogenannten Sklaven, bilden alsdann mit ihren „Sklavenhaltern“ eine Gemeinschaft. „Sklavenhalter“ und „Sklaven“ betrachten sich hierbei völlig als Geschwister. Den „Sklaven“ wird niemals der geringste Zwang von ihren Herren angethan. Darum denken die „Sklaven“ auch nicht daran, sich der Gemeinschaft mit den „Sklavenhaltern“ zu entziehen. Im Gegentheil, sie lieben dieselben. Und sie haben Grund dazu. Denn die „Sklavenhalter“ sind für die „Sklaven“ die vorzüglichsten Beschützer, vermöge ihres Heldemuthes.

Wird aber die Frage aufgeworfen: Wenn die „Sklavenmacher“ ihre „Sklaven“ nicht ausbeuten, warum erziehen sie sich dann überhaupt solche „Sklaven“? — so antwortet Bäckner: „Die Amazone läßt sich von ihren Sklaven füttern, macht es also gerade so, wie der bekannte Dalai-Lama in Tibet, welchem ebenfalls die Speisen von seinen Dienern in den Mund gesteckt werden, weil man es unter der Würde eines solchen Herrschers hält, wenn er sich selbst bedienen wollte. Ob wohl die Ameisen ebenso denken? Oder ob sie dem bei manchen Menschen gältigen Grundsatz huldigen, daß die Arbeit schändet? Nein — die Ameise hat für ihr eigenenthümliches Verhalten einen weit besseren Grund oder eine weit bessere und triftigere Entschuldigung, als ihre menschlichen Vor- oder Nachbilder. Sie kann nämlich nicht allein fressen und kann auch nicht die gewöhnlichen Arbeiten einer Ameise verrichten, und zwar wegen ihrer langen, schmalen und starken Kiefer. Daher die Amazone ganz und gar von dem guten Willen ihrer Sklaven abhängig ist. Ohne deren Hilfe müßte sie verhungern, und die ganze Kolonie müßte aus Mangel an Pflege und Nahrung zugrunde gehen.“ Die „Sklaverei“ beruht also auf gegenseitigen Nutzen der beiden Theile und ist — abgesehen von dem Raube der Truppen — frei von Zwang, verdient daher eigentlich nicht ihren Namen.

Die Ameisengemeinschaft ist also „anarchistisch.“ Sehen wir uns nunmehr ein wenig die Kultur an, welche die kleinen Anarchisten zu Stande gebracht haben. Die Ameisen sind Meister im Bauen von Wohnungen und Wegen. Bei dieser Thätigkeit helfen und belehren die Ameisen einander. Ist einem Thierchen eine Last zu schwer, so hilft ihm alsbald ein Genosse. Baut eine Ameise unzuverlässig, so eilt — wie von Forschern beobachtet worden ist — eine klügere Arbeiterin herbei, zerstört den falschen Bau,

ladet dann die Ungeheuer ein, ihr zu folgen und zeigt ihr an einem richtigen Theile des Baues, wie sie bauen soll. Mit vereinten körperlichen und geistigen Kräften leisten deshalb die Ameisen geradezu Erstaunliches. So bemerkte einst ein Ameisenbeobachter einen Trupp Ameisen, welche versuchten, eine über zwei Zoll lange Raupe zu entführen. Als dies den Ameisen nicht gelang, weil sich die Raupe verweigerte an ein dürres Reis anklammerte, „wurde die Raupe von ihnen plötzlich mit vereinten Kräften und wie von einem einzigen Willen gelenkt auf den Rücken gedreht, in welcher Situation sie sich nicht mehr festklammern konnte und ihrem Schicksal wohl oder übel erliegen mußte. Einige der Ameisen zogen an ihrem Opfer, die andern halfen durch Stoßen, und so ging es im Sturmschritt auf einen der kleinen Eingänge des Baues zu und in den Ortus hinab, wo wir die Raupe langsam und auf Nimmerwiedersehen verschwinden sahen. In den Tropen giebt es Ameisen, welche Körner sammeln und sich richtige Speicher anlegen. Damit nun die Körner nicht keimen, werden sie vor der Vergung von den klugen Thieren in zweckmäßiger Weise benagt. Es giebt — wie viele wissenschaftliche Leute, z. B. auch Darwin, versichern — sogar ackerbautreibende Ameisengemeinschaften. „Es ist, sagt Bäckner, eine große braune Ameise in Mexiko, welche — so unglücklich dies auch klingen mag — nicht bloß Körner einsammelt, sondern solche auch anpflanzt und nach der Reife einerntet, also einen förmlichen und vollständigen Ackerbau betreibt, wobei sie ähnlich einem umsichtigen Landwirth passende und zeitgemäße Anordnungen für die verschiedenen Jahreszeiten trifft. Aber nicht genug hiermit — auch die gewöhnlichen begleitenden Beschäftigungen des Ackerbaus, die Viehzucht und die Milcherei, werden von den Ameisen in einer Weise ausgeübt, welche ihrem Geschmac ebensoviel Ehre macht, wie ihrem Scharfsinn. Als ihre Melkkühe haben sie, wenn auch nicht allein, so doch vor allen anderen Thieren, die zahlreich und leicht erreichbaren allbekanntesten Blattläuse erkoren, welche aus ihrem dicken Hinterleibe einen von den Ameisen offenbar sehr geliebten, süßen Saft tropfenweise ausschmitten. Zwar huldigen die Ameisen nicht allein dieser Art von Gourmanderie (Feinschmeckerei). Auch Fliegen, Wespen, Bienen u. s. w. lieben jenen süßen Saft. . . Jedoch versteht es keins dieser Thiere, die Blattläuse besser zu behandeln, als die Ameise, welche mit ihren Fühlern den Hinterleib der Laus so lange befreicht, bis sie einen Tropfen ihres süßen Saftes von sich giebt. Dieses muß jedenfalls auf eine besondere zarte und schmeichlerische, den Blattläusen angenehme Weise geschehen. Denn Darwin versuchte vergeblich, es den Ameisen hierin nachzutun und den Blattläusen durch Bestreichen ihres Leibes mit feinen Haaren ihren Saft zu entlocken.“ Manche Ameisenarten bauen ihren Melkkühen sogar auf Bäumen und Pflanzen Dächer und Gallerien aus Erde, um sie möglichst gegen äußere Unbilden zu schützen. Andere wieder verstehen es, im Innern ihrer Wohnungen selbst die Pflanzenläuse aus im Herbst gesammelten Eiern zu erziehen und zu erhalten, wobei übrigens die Liebe zu diesen ihren Kälbchen und Kühen sie nicht abhalten soll, dieselben in Zeiten der Noth, wenn Nahrungsmangel eintritt, mit Haut und Haar zu verspeisen. Eine eigenthümlich schlaue Verwendung der Blattläuse durch die Ameisen wird in Bäckners Buch berichtet. Ein Ahornbaum, der einem deutschen Fabrikanten gehörte, wimmelte von Ameisen und Blattläusen derart, daß der Besitzer, um dem Uebel Einhalt zu thun, den Baum kurz über dem Erdboden ringförmig anstreichen ließ. „Die ersten Ameisen, die den Ring überschreiten wollten, blieben natürlich kleben; aber was thaten die Nachfolgenden? Sie lehrten auf den Baum zurück und holten Blattläuse, welche sie nebeneinander auf den Theer klebten und sich dadurch eine Brücke schufen, auf welcher sie nunmehr ohne Gefahr den Theerring überschritten.“

Eine hochwichtige Sorge der Ameisengemeinschaft bildet die Erzielung einer Nachkommenschaft. Jede Ameise unterzieht sich dieser Aufgabe mit einer Hingebung, welche den menschlichen Schwärmern für die „Familie“ beweist, zu welcher Höhe der Gemeininn sich in einer Genossenschaft entwickeln kann. Die von der „Königin“ gelegten Eier werden von den Ameisen in kleinen Packeten zusammengehäuft und unaufhörlich mit den Zungen beleckt. Durch diese Behandlung werden die Eier zum Wachsen gebracht. Um die Eier vor zu großer Kälte, Hitze oder Feuchtigkeit zu bewahren, schleppen die Ameisen dieselben bald in eine höhere, bald in eine tiefere Etage. Wenn aus den Eiern die kleinen Maden oder Larven ausgeschlüpft sind, so verdoppeln die Ameisen ihre Pflege. Sie füttern die Larven, gerade wie Vögel ihre Jungen ägen. Durch Beledeln halten sie die Larven rein. Sie schleppen dieselben ebenso wie die Eier von Etage zu Etage. Auch die aus den Larven entstandenen Puppen werden, der Temperatur und Feuchtigkeit entsprechend, umhergeschleppt. Droht einem Ameisenhaufen Gefahr, so denkt jede Ameise zuerst an die junge Generation und sucht also soviel Eier, Larven und Puppen als möglich zu retten. Um die Jungen ihres Stammes zu schützen, giebt jede Ameise willig ihr Leben dahin. Sind den Puppen die jungen Ameisen, die sog. „Nymphen“, ausgeschlüpft, so werden dieselben von den

älteren Ameisen regelrecht erzogen, d. h. in allem, was sie zum ferneren Leben wissen müssen, unterwiefen. So ist das Prinzip der öffentlichen und staatlichen Kindererziehung, welches bekanntlich schon der Philosoph Platon für seine Republik verlangte, in der Ameisengemeinschaft völlig durchgeführt.

Das sind Proben von den Leistungen einer Gesellschaft, welche keine Arbeitgeber, Anführer oder Häuptlinge kennt.

Die Literatur als Waare.

P. E. Man ist gewöhnt, die geistige Produktion als eine Art besondere Produktion zu betrachten, die besondere und eigene Gesetze hat und besonderen und eigenen Einflüssen unterliegt. Ein Meter Kattun weben, meint man, ist ganz etwas anderes, wie ein Buch schreiben. Die eine Thätigkeit unterliegt lediglich den ökonomischen Gesetzen, die andere lediglich den Bedingungen des Verstandes, Charakters, der Bildung und so fort. Und man hat immer noch die Illusionen von dem „freien Menschen“, dem „freien Denker“, der über den Dingen steht, alles beherrscht und durch nichts beherrscht wird.

Das ist aber nur die Außenseite der Dinge, ein Schein, durch den man sich betrügen läßt. Das Wesen der Dinge entfernt sich sehr von diesem Ideal.

Im Mittelalter, wo allgemein für den individuellen Konsum produziert wurde, lagen auch die ökonomischen Verhältnisse der Literatur anders. Auch die Literatur wurde produziert für den Konsum einer sehr engen Gemeinschaft; die literarischen Werke wurden nicht als Waare betrachtet; man schrieb nicht ein Buch, verkaufte es an einen Verleger und ließ es durch diesen weiter an das Publikum verkaufen; man schrieb für das literarische Bedürfnis seiner Genossen; wie im Kloster der Bruder Gärtner für die anderen den Salat zog, der Bruder Kellermeister die Kellergeschäfte besorgte, so befriedigte ein anderer Bruder die geistigen Bedürfnisse, indem er Bücher abschrieb, oder Kompilationen machte, oder selbstständige Arbeiten lieferte. Genau so war das Verhältnis bei den weltlichen Schriftstellern; auch sie belamen keine Honorare; und das Publikum, welches sich ein Buch kaufte, bezahlte nicht die Arbeit des Schriftstellers — die bekam es umsonst — sondern die Arbeit des Abschreibers.

In diesen Zeiten existirte etwas, was man den „freien Denker“ nennen könnte. Der Schriftsteller war äußerlich frei, denn er schrieb nicht ums Brot; die ökonomischen Verhältnisse übten keinen äußerlichen Druck auf ihn aus. Unfrei war er natürlich in seinem Denken und Schreiben, soweit eben jeder unfrei ist; er stand unter dem Bann seiner sozialen Lage, seiner Klasse, seiner Zeit. Aber da diese Unfreiheit dem Menschen nicht zum Bewußtsein zu kommen pflegt, so mag er sich ja selbst als „frei“ erschienen sein.

Ganz anders mußten die Verhältnisse werden, als die feudale Gesellschaft zu Grunde ging und der bürgerlichen Platz machte. Man produzierte nicht mehr für den individuellen Konsum, sondern man produzierte Waaren; und wie seit dieser Zeit alles Waare geworden ist, was nur existirt, Kleidung und Nahrung, Haus und Hof, selbst so schwer zu greifende Dinge, wie Ehre und Gewissen — so wurde auch das literarische Werk zur Waare. Einen äußerlichen Ausdruck bekam das in der Anwendung der Buchdruckerkunst.

Wie fast überall, wo geistige Faktoren mitwirken, ging die Entwickeung der literarischen Produktion zur Waarenproduktion langsamer vor sich, wie die Entwickeung der übrigen Produktion.

Zunächst hatte die Aufhebung der Klöster in den protestantischen, bürgerlichen Staaten und die ökonomische Vernichtung des feudalen Adels zur Folge, daß dem mittelalterlichen Literaturleben die materielle Basis entzogen wurde.

Damit war der alte Schriftstellerstand vernichtet; ein neuer Stand, welcher den veränderten Verhältnissen sofort vollständig entsprochen hätte, war nicht gleich zu beschaffen; und so bildet sich denn das Mittelglied zwischen dem mittelalterlichen und dem modernen Schriftsteller: der Schriftsteller ist ein Mann von anderweitig gesicherter Lebensstellung; er schreibt nicht gerade für Geld, bekommt auch sehr selten Honorar; dagegen werden seine Werke bereits als Waare betrachtet; sie werden gedruckt und verkauft. Bezeichnend für dieses Uebergangsglied ist die Existenz des Nachdrucks; noch ist der Begriff des „geistigen Eigentums“, d. h. des Waarencharakters der geistigen Arbeitsleistung nicht fest konstituirte; und daher glaubt noch jeder Drucker das „Recht“ zu haben, ein Werk nachzudrucken.

Auch das Mittelglied in dieser Entwickeung erfreut sich noch einer gewissen „Freiheit.“ Freilich, in mancher Beziehung ist dieser Schriftsteller schon vom Publikum abhängig. Werke, von denen er sich keinen Erfolg verspricht, druckt ihm der Buchdrucker nicht. Aber die Abhängigkeit hat nur eine negative Bedeutung; sie drückt nur aus, daß er gewisse Sachen nicht schreiben darf, die er schreiben möchte; sie ist nicht positiv; der Schriftsteller ist nicht gezwungen, Sachen zu schreiben, die er nicht schreiben möchte; denn noch lebt er ja nicht von der Schriftstellerei, er hat eine andere Einnahmequelle aus anderweitiger Thätigkeit.

So sind die Journalisten der Zeit Professoren und Theologen; die Dichter sind in Hofanstellungen oder gleichfalls in gelehrten Ämtern.

Der moderne Schriftstellerstand entwickelt sich aus diesem Mittelglied heraus. Der Waarencharakter der geistigen Arbeitsleistung muß notwendig immer krasser hervortreten; damit geht Hand in Hand, daß die literarische Arbeit immer mehr bezahlt wird; freilich, da sie von Leuten mit sonstigen Einkünften geleistet wird, schlecht genug. Das bildet aber die neue Staffel; denn jetzt ist die literarische Tätigkeit nicht mehr Privilegium einer anderweitig verdienenden Klasse; sie kann auch betrieben werden zum Zweck alleinigen Verdienstes. Es kann sich ein literarisches Proletariat entwickeln.

Die andern Zeitumstände begünstigen diese Entwicklung. Ein gebildetes Proletariat war aus andern Gründen bereits vorhanden, naturgemäß sich aus den jüngeren Leuten rekrutierend. Die Magister — heute heißen sie Doktoren der Philosophie — bemächtigten sich der Literatur. Ein Darwin'sches Ueberbleibsel aus diesen Zeiten ist noch der Doktor der Presse.

Ist einmal die Grundlage gegeben, so entwickelt sich alles andere ganz einfach. Die Zahl der Berufsliteraten nimmt von Jahr zu Jahr zu; in Folge des proletarischen Charakters der Schriftsteller bleibt das Äquivalent für ihre Leistungen verhältnismäßig immer niedrig; ihr Verdienst wird durch das eiserne Lohngesetz bestimmt; daraus folgen eine Reihe Charaktereigenschaften des Standes, welche er mit dem andern Proletariat gemeinsam hat, und die zusammen den Bohémientypus bilden, und so fort.

Mit der Freiheit ist es jetzt völlig aus. Der Schriftsteller muß schreiben, was verlangt wird. Durch den Verleger thut ihm das Publikum seine Wünsche kund.

Das hat verschiedene Folgen. Zunächst erhält die Literatur dadurch eine eminent kulturgeschichtliche Bedeutung; sie wird gewissermaßen das Barometer des Publikums. Ist das Publikum vergnügt, so schreibt der Literat vergnügt; ist es traurig, so schreibt er traurig; ist es patriotisch, so schreibt er patriotisch; ist es weltbürgerlich, so schreibt er weltbürgerlich. Er schreibt, was das Publikum verlangt.

Und merkwürdig! Je mehr er zum bloßen Barometer wird, desto stolzer und selbstbewußter fühlt er sich als freier Denker, als Pionier, als Wegweiser, als geistiger Leiter des Publikums!

Eine zweite Folge hat der Verlust der Freiheit für die Charaktere der Einzelnen.

Das Publikum des Schriftstellers — das ist das Bürgerthum. Die Bourgeoisie wünscht von ihrem Schriftsteller natürlich, daß er ihre Ansichten vertritt, ihre Wünsche befriedigt, für ihre Ansprüche kämpft.

So lange der Schriftsteller das im guten Glauben thun kann, geht das an. Aber der gute Glaube hält nicht lange an. Erstens wird er wankend gemacht, sobald die Decadence (Niederergang) des Bürgerthums eintritt, zweitens weist die Klassenlage des Schriftstellers selbst auf ganz andere Interessen.

Seit Anfang dieses Jahrhunderts machen sich nun beide Momente immer mehr geltend. Und heute sind wir so weit, daß bei den meisten Schriftstellern der gute Glaube so ziemlich fehlt.

Man kann sagen, daß dieser Glaube durchaus nicht notwendig ist. Nachdem man einmal die geistige Arbeitsleistung zur Waare gemacht hat, ist sie dasselbe, was jede andere Waare ist, gehört zu ihrer Produktion nichts, als was zur Produktion einer jeden anderen Waare gehört. Ein Arbeiter wird niemals Bedenken tragen, Bomben oder Kanonenrohre zu verfertigen, trotzdem er Sozialdemokrat ist und vielleicht auf die gegenwärtige Gesellschaft mit ihren Bomben und Kanonen alles Mögliche herabwünscht. Er produziert eben eine Waare; für ihn kommt nur der Produktionscharakter der Waare in Betracht, nicht ihre Eigenthümlichkeit.

Ebenso könnte, sollte man meinen, der Schriftsteller spekulieren, und ohne alle Gefährdung für seinen moralischen Menschen schreiben, was man von ihm verlangt. Lobeshymnen auf Bismarck oder auf Eugen Richter, Romane für die „Gartenlaube“, oder naturalistische Werke.

Aber hier machen sich die Folgen der Phrase von seiner Freiheit geltend.

Die Freiheit — halb ein Nachklang aus den vergangenen theologischen und moralphilosophischen Zeiten, welche die Freiheit der Menschen überhaupt statuirten, halb ein Nachklang früherer ökonomischer Verhältnisse des Standes; im ganzen aber nichts als eine leere Phrase.

Der moderne Schriftsteller hat eben nicht zu schreiben, was ihm sein Gewissen befiehlt, sondern was ihm Geld einbringt; nicht was seine Ueberzeugung ist, sondern was die Ueberzeugung des Verlegers und der Leser ist; und nicht er leitet das Publikum, sondern das Publikum leitet ihn.

Die Phrase aber setzt ihn in Zwiespalt; sein Bewußtsein, welches er der Phrase verdankt, revoltiert gegen das Bewußtsein, welches durch seine wirkliche Lage erzeugt wird. Er glaubt, er sei verpflichtet, nach seinem Gewissen zu schreiben, weil er ja „frei“ sei; und er kann nicht nach seinem Gewissen schreiben, weil er nicht frei ist.

Natürlich, wie immer, ist die soziale Lage stärker, wie das ideale Moment, oder die Phrase. Er schreibt, wie er muß, nicht wie er will.

Aber im Bewußtsein hat er: das ist nicht recht, das ist unmoralisch, das ist gegen das Gewissen gehandelt. Mag er äußerlich den Konflikt lösen, indem er sich der unüberwindlichen Macht der materiellen Verhältnisse beugt, innerlich wird er sich sagen müssen: du bist ein Lump.

Wenn man sich das sagt und zugleich in der Lage ist, seine Handlung wieder gut zu machen, so wirkt eine derartige Erkenntnis sehr stärkend auf das moralische Gefühl. Wenn man sich aber in einer solchen sozialen Lage befindet, daß man nichts gut machen kann, daß man dieselbe Handlung sogar immer wieder begehen muß, so wirkt die Erkenntnis gerade demoralisierend. Man wird ein wirklicher Lump. Man rettet sich vielleicht vor sich selbst durch eine allgemeine Menschenverachtung; man wird hochmützig, man wird vielleicht auch zynisch; irgend welche Auswege vor sich selbst findet man wohl. Aber das kann einen nicht davor retten, daß man doch ein Lump ist.

Und man braucht unsere Schriftstellermwelt nur anzusehen, um gleich auf den ersten Blick eine ganz unverhältnismäßige Menge moralisch Verkommener in ihr zu finden. Und naturgemäß sind es gerade die Begabten, welche zuerst verkommen; die weniger Intelligenten mögen sich noch selbst täuschen, mögen noch die bona fides (guten Glauben) bewahren. Dem Intelligenteren ist das unmöglich, falls er nicht sehr von den Umständen begünstigt ist und gleich von Anfang an in eine Lage kommt, wo er seinem Gewissen keinen Zwang anthun muß. Aber begreiflicher Weise kommt das selten vor.

Am kräftesten zeigt sich die Unmoral und Gemeinheit im politischen Schriftstellertum; im politischen Leben sind ja die Gegensätze am stärksten, treten alle Momente am unverhülltesten hervor. Hier finden wir auch die aller- verkommensten Individuen, diejenigen, welche sich direkt um Geld verkaufen, die Goldschreiber sans phrase, mögen sie sich nun an die Regierung verhandeln, oder an Industrielle, Börsenmänner, Minister. Weniger kraß findet sich die Gemeinheit bei den Vertretern der schönen Literatur; allein wenn man die Menge Haus- und Familienschriftsteller betrachtet, so wird man auch hier sicher einen großen Prozentsatz finden von solchen, welche gegen ihr ästhetisches Gewissen schreiben. Eine besondere Entwicklung für sich hat das wissenschaftliche Schriftstellertum genommen; es knüpft sich meistens an die Universitäten; aber auf andern Wegen ist es zu demselben Ziel gekommen, so daß schon der König Ernst August sagen konnte: deutsche Professoren und Huren sind zu allem zu haben.

Es wäre natürlich zwecklos, über derartige Erscheinungen in moralische Entrüstung auszubrechen. Die moralischen Erscheinungen haben ökonomische Ursachen, und können also nicht mit Predigten bekämpft werden. Nur zur Erkenntnis können derartige Betrachtungen dienen. Wenn wir den Zusammenhang erkannt haben, haben wir geleistet, was wir leisten können. Andern können wir nichts; das Andern müssen wir der geschichtlichen Entwicklung überlassen. Wenn die Waaren produzierende Gesellschaft ihr Ende erreicht hat, dann wird auch die geistige Prostitution ihr Ende haben; dann wird die geistige Tätigkeit wieder frei — so frei, wie sie eben werden kann.

Sozialistische Philosophie?

× Unter dem Titel „zur Philosophie des Elends“ brachte eine der Nummern der „Vollstübne“ einen Aufsatz, der im Gegensatz zur „Bourgeoisphilosophie“ die neue, die sozialistische Auffassung des Elends darlegen sollte. Wenn ich mit Erlaubnis der Redaktion hier noch einmal auf jenen Artikel zurückkomme, so geschieht das in polemischer Absicht; die dort ausgesprochenen Ideen sind Gedanken eines Sozialisten, aber nicht sozialistische Gedanken, nicht Gedanken, welche aus den Grundprinzipien des Sozialismus notwendig folgen und darum in unserer Partei allgemeinere Verbreitung finden müßten. Im Gegentheil, sie scheinen mir auf einseitiger Auffassung der gegebenen Verhältnisse, auf vorchneller Verallgemeinerung zu beruhen. Es wird da ein Gegensatz zwischen Bourgeois- und Arbeiterphilosophie konstruiert, der in dieser Form zum mindesten nicht existiert.

„Eine beliebte Uebung des moralischen Spießbürgers ist es,“ so beginnt der Verfasser, „über das Elend in der Welt zu jammern. . .“ Aber weder durch Jammern noch Wohlthätigkeit gelingt es ihm, das Elend wirklich aus dem Wege zu räumen. Und es fragt sich, ob überhaupt ein Grund vorhanden ist, über das Elend zu jammern; mit andern Worten: Ist das Elend ein Uebel? — Der schlaue Bourgeoisphilosoph ist natürlich gleich bei der Hand. Natürlich, meint er, ist es ein Uebel! Das Glück besteht in Lustempfindungen. Das Elend hemmt aber die Lustempfindungen und verursacht Unlustgefühle. — Selbst wenn man diesen Beweis für richtig hielte, und er ist unrichtig. . .“

Sogar auf die Gefahr hin, darob für verkappte Bourgeoisphilosophen gehalten zu werden, wird man sozialistisch festsitzende Arbeiter nicht davon abbringen, sollte ich meinen, das Elend für ein Uebel zu halten. Sie spüren das doch zu sehr am eigenen Leibe, und können in diesem Punkte die Richtigkeit der „Bourgeoisphilosophen“- Meinungen besser als irgend jemand sonst prüfen.

Das Elend ist ein Uebel; indem es als solches empfunden wird, sucht der Einzelne sich von ihm zu befreien. Gelingt der Versuch, so ist das Elend für den Menschen Antrieb gewesen, sich vom Elende zu befreien. Aber hat es darum den Charakter eines Übels verloren und den eines Gutes gewonnen? Wenn man nicht den Wortsinne auf den Kopf stellen will, doch offenbar nicht. Jedemfalls könnte man mit demselben Rechte dann auch den Krieg als Friedensengel feiern, weil der Schrecken vor ihm Sehnsucht und Streben nach Frieden in den Herzen hervorruft — und so zu einem Hemmnis der Kriegslust wird. Warum soll man dann nicht auch wieder der Welt die Ehre anthun, und sie mit

den gläubigen Philosophen des Aufklärungszeitalters feierlich als die „beste aller möglichen Welten“ erklären. In der That, wenn das Elend nur dem beschränkten Unterthanen- und Bourgeoisverstande als ein Uebel erscheint, warum läßt sich da der ganzen Schöpfung nicht die Zensur „sehr gut“ ausstellen? Es wäre ja unrecht, hielten wir dann noch mit unserm allerhöchsten Wohlgefallen zurück. Auch würden die Kurse der Frömmigkeit sofort um mehrere 100 % steigen. Denn, ohne Schöpfer wäre doch eine so vortreffliche Welt ganz unbegreiflich. Das der Weltordnung gesungene Hosannah würde zu einem Lobgesang des Weltenschöpfers werden.

An der Stelle, wo unser Zitat abbrach, fährt der Verfasser fort: Wäre selbst bewiesen, daß das Elend für den Einzelnen ein Uebel, so ist „damit noch nicht gesagt, daß es auch ein Uebel für die Gesellschaft ist. Freilich wenn man nach der Manier der bürgerlichen Philosophie die Gesellschaft als die Summe der Einzelnen auffaßt, so kann man sagen: Was für den Einzelnen gilt, das gilt um den betreffenden aliquoten Theil auch für die Gesellschaft; was dann sehr hübsch mathematisch und hauptbuchmäßig ist. Aber die Gesellschaft ist ein selbstständiger Organismus, welcher eigenen Gesetzen gehorcht und eigene Empfindung hat; sie gehorcht nicht den Gesetzen, welchen der Einzelne unterthan ist, und hat nicht die Empfindungen des Einzelnen. — Das Elend gesellschaftlich betrachtet ist der Antrieb zum Fortschritt“ u. s. w.

Der hier kurz skizzierte Gedankenkreis verdient wohl, ein wenig näher angesehen zu werden. Auch hier wird wie oben bei der Beurtheilung des Elends ein Gegensatz zwischen sozialistischer und Bourgeoisphilosophie behauptet, ein Gegensatz, der, wenn er bestände, die Resultate sozialistischen Denkens entschieden etwas verdächtig machen müßte.

Jede rein vernünftige, untheologische Auffassung kann die Gesellschaft nur als Summe der Einzelnen betrachten. Aus den Trieben der Einzelnen muß man die wirtschaftlichen und politischen Bewegungen der Masse begreifen können, oder man kann sie überhaupt nicht begreifen.

Ökonomische Gesetze, die sich nicht in letzter Reihe auf das Erwerbsstreben und Leben der Individuen zurückführen lassen, würden in der Luft hängen, hätten keine Zwangsgewalt, sich wirklich durchzusetzen, wären also überhaupt keine Gesetze. Und das Nämliche gilt von der philosophirenden Betrachtung der Geschichte. Wer behauptet den inneren Zusammenhang der historisch-sozialen Entwicklung, ihre bewegenden Kräfte und ihre Richtung zu kennen, — vermag nur dann zu überzeugen, wenn er seine Erklärung auch psychologisch glaubhaft zu machen versteht. Wie sollte man sich in dem unendlichen Wirrwarr der geschichtlichen Thatfachen auch sonst zurecht finden, behielte man nicht immer das Eine im Auge, daß die Geschichte von Menschen, deren allgemeinste und tiefste Bestrebungen uns wohl bekannt sind, gemacht wird? Jede Geschichtsphilosophie, welche mit diesen uns bekannten mächtigsten Faktoren nicht rechnet, die ihre Entwicklungsgesetze ohne Rücksicht auf sie aufstellt, muß als ideologisch verworfen werden.

Es ist nicht überflüssig, hieran zu erinnern, weil gerade marxistische Ökonomen und Historiker leicht Gefahr laufen können, über der Gesetzmäßigkeit, die ihr großer Lehrmeister enthüllt, den psychologischen Untergrund derselben zu übersehen. Ohne Kontrolle der Psychologie kann man aber zu recht gewaltsamen Konstruktionen kommen.

Die Marx'sche Nationalökonomie selbst hat aber gar nichts von einer solchen Kontrolle zu suchen. Sie beruht auf dem Werthgesetze und dieses ist offenbar nur ein Resultat der Bestrebungen aller ökonomischen Einzelwesen in einer mit freier Konkurrenz arbeitenden Waarengesellschaft.

Weil im Durchschnitt Jeder für möglichst wenig Arbeit, möglichst viel wirtschaftliche Güter (d. h. möglichst viel Geld, welches alle wirtschaftlichen Güter repräsentirt) erlangen will, und weil eben darum durchschnittlich keine Art der Arbeit, was für Waare sie auch produziere, beim Austausch einen Vorzug vor andern Waarenarten dauernd zu behaupten vermag, tauschen sich nur Waaren, in denen gleiche Arbeitsmengen verkörpert sind, gegen einander aus. Denkt man sich den Grundsatz „möglichst viel Güter für möglichst wenig Arbeit“ aus den Handlungen der Einzelnen weg, so fehlt jeder Zwang, daß sich der Waaren- austausch nach der in den Waaren enthaltenen Arbeitsrichtigkeit sollte, er wäre gänzlich unabhängig davon. Marx betont das offenbar nur deshalb nicht, weil er es für selbstverständlich hält. Jener Grundsatz des ökonomischen Egoismus herrscht in dem Erwerbsleben so mächtig vor, daß man mit etwaigen andern Motiven, die ihn kreuzen und einschränken könnten, in der reinen Nationalökonomie nicht zu rechnen braucht.

Indem Marx den Klassenkampf, dessen Phasen wieder von der Entwicklung des Produktionsprozesses abhängen sollen, als den bewegenden Faktor des geschichtlichen Lebens auffaßt, begründet er seine Geschichtsphilosophie in ähnlicher Weise wie die Wirtschaftslehren auf den ökonomischen Egoismus. Der Klassenkampf wurzelt psychologisch in der Begehrlichkeit des Individuums, welches sich, um ökonomische Güter zu erringen oder zu verteidigen, mit seinen Standesgenossen solidarisch vereint. Die Geschichte ist vom Standpunkte dieser Theorie aus noch sehr wenig untersucht. Daß sie trotzdem so überzeugend wirkt, hat seine Ursache darin, daß wir gerade im Gegensatz zu jenem Aufsatz annehmen, die Gesellschaft ge-

horche den Gesetzen, welchen der Einzelne unterthan ist, und habe die Empfindungen der Einzelnen.

Weil wir im Einzelnen immer wieder und wieder, bei den aller verschiedensten Handlungen ökonomischen Egoismus als treibendes Motiv vorfinden, darum sind wir von vorneherein geneigt, auch in der Gesellschaft und ihrem Entwicklungsgange dieses Motiv als treibende Hauptkraft anzunehmen. Gleichzeitig werden wir aber, ebenfalls von der Betrachtung der Einzelnen ausgehend, uns gefast machen, daß neben jener Hauptkraft eine Unmenge anderer Faktoren thätig sei, die in unvorhersehbarer Weise den Klassenkampf so oder so gestalten, hemmt oder verlängert, ihn dem oder jenem Kompromisse zutreibt u. s. w. Welche majestätisch-übermächtigen historischen Gewalten sind z. B. Dummheit, Demüthigkeit und Trägheit! Und sei der Klassenkampf vom Standpunkte des ökonomischen Egoismus noch so notwendig, was vermag das gegen diese staatszerstörerische Dreifaltigkeit? Wie das Leben des Einzelnen nicht durch die ökonomischen Verhältnisse und den ökonomischen Egoismus allein, sondern auch gleichfalls durch die Vielheit der anderen Triebe und Leidenschaften, durch Charakter und Zufall bestimmt wird, so das Völkerverhalten. Die Analogie allein zwingt schon zu diesem Schlusse. Alle Geschichtserklärung wird immer gesucht und wenig überzeugend klingen, die dieser Analogie nicht Rechnung tragen will. Wenn das Bourgeois-philosophie sein soll, so ist sie darum nicht weniger einleuchtend.

Doch zurück zum Elend! Es ist nach dem Verfasser „gesellschaftlich betrachtet, der Antrieb zum Fortschritt. . . Sobald der Mensch Elend empfindet, ist ihm auch der Grund gegeben, weiter zu streben. Das Elend ist das revolutionäre Moment in der Geschichte. . . es macht die Geschichte.“ Was hier von der geschichtlichen Wirkung des Elends gesagt wird, gilt das aber nicht ebenso im Einzelnen? Ist nicht gerade also die sozialistische Philosophie des Elends wieder ein Beleg dafür, daß dieselben Gesetze und Empfindungen, denen das Individuum gehorcht, auch in der Masse der Individuen zum Ausdruck kommen? Wenn es schlecht geht, der strebt eben aufwärts, falls nicht die Kraft durch Dauer und Tiefe des Unglücks bereits gelähmt ist. Das Elend ist ein Uebel, im Privatleben wie in der Geschichte; weil es dem Menschen als solches erscheint, sucht er es hier wie dort zu überwinden, so daß es ihm ein Anreiz zur Fortentwicklung wird. Ein Uebel bleibt es aber darum doch.

Das Wort Elend, kann man sagen, bezeichnet indes eine jammervolle, tiefgedrückte Lage, welche die Kraft des Menschen bricht und kein Emporarbeiten zuläßt. Und in diesem Sinne kann das Elend unmöglich ein Sporn zum Fortschritt für den Einzelnen sein. In der Geschichte dagegen. . . Aber wie steht es denn mit der Geschichte?

Hat das Elend z. B. die Sozialdemokratie geschaffen? Sicher nicht, denn das Elend existiert, so lange Klassenherrschaft und Ausbeutung als das einzig Feste im Wechsel der Geschichte sich behaupten. Wie viele Generationen sind in den Staub getreten, ohne daß ein Näherer sich erhob! Nicht das Elend, das moderne Elend, ist meine die besondere ökonomische Form, unter welcher heute das Elend auftritt, hat die Organisation der Massen und ihr sozialistisches Programm erzeugt. Gelingt es heute, das Elend unter den Arbeitern zu lindern, so wird darum die revolutionäre Kraft der Bewegung nicht zurückgehen, was doch eine Folge des vom Verfasser vertretenen Grundgedankes sein müßte. — Ja, wäre es das wirkliche Elend, welches den Fortschritt schafft, wohin kämen wir da? Arbeiterschutzgesetze, welche die Arbeiterlage heben sollen, müßten eben dieser Absicht wegen als reaktionär bezeichnet werden. Die moderne Sozialdemokratie, die solche Gesetze verlangt, würde an ihrer eigenen Vernichtung arbeiten!

Was im Privatleben, gilt auch im öffentlichen; die Empfindung des Mangels, die Begehrlichkeit, der ökonomische Egoismus treibt zum Fortschritt an; das eigentliche Elend mit seiner Hoffnungslosigkeit schlägt dagegen nur zu leicht aus einem Beförderungsmittel zu einer Hemmnis allen Strebens um. Man denke nur an unsere moderne Landbevölkerung mit ihrer politischen Apathie und ihre unter feudalem Joch gehorsam hinäzenden Voreltern!

Und wenn die Theorie des Elends auf die sozialistische Bewegung auch noch halbwegs zu passen scheint, so braucht man, um das Irthümliche derselben klar zu sehen, nur an die bürgerliche Revolution der Franzosen sich zu erinnern. War da etwa auch das Elend der Träger des Fortschritts? Im Gegentheil. Die reiche Bourgeoisie revolutionierte, das Elend lieferte nur das Menschenmaterial, welches jene zu ihren Zwecken brauchte. Der ökonomische Egoismus, die psychologische Triebfeder des Klassenkampfes kann in Lumpen oder im Staatsrock auftreten, und doch Revolutionen vollbringen. Was der Verfasser vom „Elend“ sagt, daß es „das Bewegende des geschichtlichen Lebens sei“, ist deshalb billiger Weise auf Konto dieses Egoismus zu setzen.

Der Egoismus? Aber damit sind wir ja wieder bei dem „schlauem Bourgeoisphilosophen“ angelangt. Der Egoismus, insbesondere der ökonomische Egoismus als Träger des Fortschritts, das ist ja eine seiner Lieblingsvorstellungen. Kampf ums Dasein, freie Konkurrenz, Sieg des Stärkeren u. s. w.! In der That, die sozialistische Theorie des Klassenkampfes baut sich auf der bürgerlichen Vorstellung des Egoismus auf. Hier, wie in sehr vielen andern Punkten, stehen wir nicht im Gegensatz zu den bürgerlichen Denkern, wir ziehen nur die letzten, unbequemen Konsequenzen ihres Denkens. So ist auch das Marx'sche „Kapital“ die Vollenbung der Smith-

Ricardo'schen Rationalökonomie. Warum das leugnen? Warum Gegensätze aufzuzählen, wo keine vorhanden sind? Warum eine falsche „sozialistische Philosophie des Elends“, wo wir doch mit der bürgerlichen Philosophie des Egoismus im Grunde ganz einverstanden sein können?

Zur Lage der hgl. preussischen Eisenbahn-Arbeiter.

II.

g. Gegen die Annahme, als habe man mit dem Beispiel unseres Eisenbahnwerkstättenarbeiters einen besonders ungünstigen Fall gewählt, verwahrt sich der Bearbeiter des betreffenden Budgets und beruft sich dabei auf seine Erfahrungen als Beamter der öffentlichen Armenunterstützung. Der Fall des A. sei im Gegentheil für alle solche Arbeiter typisch, die, wie er, absolut vermögenslos seien. Jeder Kundige wisse, wie die Lebensführung der Angehörigen der unteren Klassen mit Nothwendigkeit eine gleichförmige sei, die für individuelle Abweichungen, wie sie durch Liebhabereien, Neigungen u. s. w. bedingt seien, gar keinen Raum lasse. A. habe sich stets unmittelbar auf der Grenze bewegt, jenseits welcher die öffentliche Unterstützung zur Lebensfrist unentbehrlich sei; vermögenslose Arbeiter, die keinen höheren Lohn als A. bezögen, müßten eben, falls sie und ihre Frauen nicht sehr thätig seien, und falls jeder störende Zwischenfall, Arbeitslosigkeit, Krankheit der Familienglieder u. fern bleibe, wohl oder übel sich stets auf dieser Grenze bewegen, und wenn es viele vermeiden, die öffentliche Armenpflege anzurufen, so lasse gerade die Aufnahme dieses Budgets erkennen, mit welchen Opfern und Entbehrungen dies allein möglich sei.

So einförmig und freudlos, fährt der Bearbeiter fort, die Verhältnisse des Eisenbahn-Werkstättenarbeiters sich auf Grund der Tabellen darstellen, so seien sie doch sogar vielleicht günstiger, als die manches andern Arbeiters, der in Privatwerkstätten u. s. w. höhern Lohn beziehe, denn er habe vor diesem den regelmäßigen, durch keinerlei Pausen unterbrochenen Verdienst und die Freiheit von Kosten für Beschaffung und Unterhaltung von Werkzeug, für Arbeitsvermittlung u. s. w. voraus.

Was die Höhe des Tagelohnes betreffe, so gehöre A. sogar zu den relativ gut bezahlten Arbeitern. Es dürften nicht viele Schreiner in Frankfurt a. M. sein, die bei absolut fester und stetiger Arbeitsgelegenheit durch das ganze Jahr einen Tagelohn von mehr als Mk. 3 erzielen. Jedenfalls sei der Lohn weit höher, als der in Frankfurt orisübliche gewöhnliche Tagelohn, der nur Mk. 2,40 betrage. Dabei sei noch zu erwägen, daß A. beständig ohne Unterbrechung arbeiten könne, während Andere, welche den „ortsüblichen“ (anlässlich des Krankenversicherungsgesetzes durch Bekanntmachung der königlichen Regierung zu Wiesbaden vom 31. Februar 1884 festgesetzte) Tagelohn von Mk. 2,40 erhalten, in der Regel auch arbeitslose Tage haben, die dann aus den „Ersparnissen“ bestritten werden müßten, die sie von den Mk. 2,40 zu machen im Stande seien.

Von der Erscheinung ausgehend, daß der Eisenbahn-Werkstättenarbeiter unseres Budgets fast keine Ausgaben für Neuanschaffungen von Kleidern und Mobilien macht, sagt der Bearbeiter des Budgets schließlich:

„Im übrigen dürften aber gerade die hier besprochenen Ausgabenposten bezw. Nichtausgabenposten am besten darthun, ein wie schwerer Schaden für unsere Industrie die niedrigen Arbeitslöhne sind, die unsere Arbeitgeber, der Staat als Arbeitgeber des A. voran, bezahlen. Wer einen Lohn hat wie A., und sein Lohn ist ja noch ein verhältnismäßig guter, der konsumirt nur die nothdürftigsten Lebensmittel, ist aber, wie das vorliegende Budget, insbesondere die Abtheilungen über den Verbrauch an Kleidern und Mobilien zeigen, kein Abnehmer für unsere Industrie. Eine Steigerung des Einkommens unserer Arbeiter, die ihnen erlauben würde, ihre Bedürfnisse und in Folge dessen ihren Konsum an Kleidungsstücken, Industrieerzeugnissen u. s. w. zu erhöhen, wäre die größte Wohlthat, die unserer Industrie zu theil werden könnte. Die Steigerung dürfte, wie unser Budget beweist, recht hoch sein, ohne daß man von Luxuskonsum reden könnte.“

Wir übergehen die Besprechung des übrigen Budgets, theils weil der Raum hier zu kurz bemessen ist, theils auch, weil sie nicht so viele Gesichtspunkte bieten. Dagegen mag. Stadtrat Dr. Karl Fleisch im Vorwort, das er diesem „Frankfurter Arbeiterbudget“ vorausschickt, noch darauf aufmerksam, wie schädlich unsere Exekutionsgesetzgebung, die einseitig nur das Interesse des Gläubigers, nicht das der gesammten Volkswirtschaft berücksichtigte, auf die Lage der Armeren wirke, indem er dabei auf die Erscheinung Bezug nimmt, daß bei den Arbeitern des Budgets I und II wiederholte Retentionen, Pfändungen u. s. w. vorgekommen sind, wie aus der Geschichte des Mobilars hervorgeht, welche man diesen Budgets beigegeben hat. Diese unsere Exekutionsgesetzgebung „setzt die Unermögenden im Falle jeder Zahlungsunfähigkeit der härtesten, rücksichtslosesten Zwangsvollstreckung aus, die nicht einmal vor solchen Dingen Halt macht, deren Verkaufswert mit Nothwendigkeit und der Natur der Sache nach unendlich geringer ist, als ihr Gebrauchswert für den Schuldner. Dem Gläubiger wird dadurch so gut wie nicht geholfen; der Schuldner aber wird gezwungen, wiederholt nach jedem Pfändungsansatz neue Ausgaben zu machen für Dinge, die der Vermögende nur einmal und für das ganze Leben macht, und leidet natürlich durch derartige Erfahrungen Schaden am Sinn für häusliches Behagen, wie an der Neigung, durch Entbehrungen vom Arbeitslohn Ersparnisse zu machen“, um sein Mobiliar zu vervollständigen oder theilweise zu erneuern.)

Die amerikanische Gesetzgebung, die freilich bei uns in Deutschland so gut wie nicht bekannt ist, steht in dieser Hinsicht auf ganz anderen Boden, als das deutsche „bürgerliche“ Gesetzbuch. Sie erachtet es nicht als Pflicht und

Aufgabe des Staats, den Schuldner im Interesse des Gläubigers in einer Weise zu expropriiren, daß er nachher der privaten und selbst der öffentlichen Unterthänigkeit, also wiederum dem Staat, anheimfällt. Unser Gesetzbuch ist eben ein bürgerliches Gesetzbuch, wie es sich selber nennt, und zufolge der bürgerlichen Weltordnung ist der Staat ein bürgerlicher Staat, d. h. er hat neben seiner Aufgabe als Nachwächter dem Gläubiger als Mittel und Eintreiber zu dienen.

Zum Schlusse sagt der Verfasser des Vorworts, rücksichtlich der Bedeutung und des Werthes solcher Aufnahmen von Arbeiterbudgets:

„Die Nothwendigkeit einer Verständigung zwischen Unternehmer und Arbeiter, d. h. stelle man sich, wie man will, zwischen den Besitzenden und den Nichtbesitzenden, wird jetzt von allen Seiten anerkannt. Jede solche Verständigung setzt aber voraus, daß der eine Theil von der wirklichen Lage des andern unterrichtet ist. Unsere Vermögenden aber wissen von den Verhältnissen der Armen (sic!) nur zu wenig. Daher kommen denn die allgemeinen Beschwerden über die Noth, die Verwilderung, die Trunksucht u. der unteren Klassen. „Jener Egoismus, der sich nur zu oft in das Gewand der Moral hüllt, klagt als die Ursachen des Pauperismus die Untugenden der Arbeiter an. Ihrer angeblichen Ungenügsamkeit und Unwirtschaftlichkeit bürdet er auf, was übermächtige Thatsachen an ihnen verbrechen.“ (Robbertus, erster sozialer Brief an Kirchmann.) Daher auch die allgemeinen Deduktionen, daß „jeder Tüchtige es zu etwas bringen könne“, „daß man nicht jedem helfen könne“ u. s. w., die bedeutend gemildert und abgeschwächt würden, wenn man sich die wirklichen Verhältnisse, wie sie allein auf Grund der gezahlten Löhne bestehen können, genau vergegenwärtigen würde.“

Die heutigen Streiks und die Organisation.

(Eingefandt.)

Wenn wir heut die gewerkschaftliche Bewegung überblicken, müssen wir mit Besorgniß die wachsende Anzahl der Ausstände bemerken, und zugleich können wir uns der Thatsache nicht verschließen, daß eine unverhältniß große Anzahl von Ausständen für die Arbeiter nicht günstig verläuft.

Wir sind keine grundsätzlichen Gegner der Streiks. Dagegen brauchen wir uns nicht zu verwahren. Wir wissen ganz gut, daß der Kampf um die Arbeitsbedingungen ein nothwendiger Begleiter des heute herrschenden Ausbeutungssystems der Lohnarbeiter ist, daß dieser Kampf, da es keinen zuständigen Richter zwischen Unternehmer und Arbeiter giebt, der ihnen nach Gerechtigkeit und Billigkeit das Recht zumessen kann, hier so unvermeidlich ist, wie überall, wo Anarchie herrscht, wo keine gesellschaftliche Ordnung besteht, die die Einzelnen bindet. Wir wissen, daß die Streiks das einzige Rechtsmittel sind, das der Arbeiter benutzen muß, wenn er sich nicht ganz der geldgierigen Willkürlichkeit der Unternehmer hingeben will. Bei alle dem aber können wir nicht umhin, doch in Anwendung dieses Kampfmittels zur Vorsicht zu mahnen.

Wir sehen sehr gut den Grund ein, weshalb die Streiks in letzter Zeit häufiger geworden sind.

Das Unternehmertum, durch die Behörden in allen seinen Anmachungen und in all seinen Angriffen gegen die Arbeiter unterstützt, ja vielfach geradezu aufgestachelt und aufgereizt, tritt in der letzten Zeit den Arbeitern gegenüber mit einer Anmaßung auf, die früher nicht mit derselben Brutalität sich bemerklich machte. Es haben sich vielfach mit Hilfe und unter Begünstigung durch die Behörden Unternehmervverbände ausgethan, die offen oder nur schlecht verschleiert den Zweck haben, die Arbeiter zu vergewaltigen. Man erlaubt diesen Unternehmer-Verbänden, die Vereinigungsgesetze zu verletzen, man erlaubt ihnen gegen den § 153 der Reichsgewerbeordnung zu verstoßen, indem man zuläßt, daß der Rücktritt von ihren Verabredungen zur Erreichung günstiger Lohn- und Arbeitsbedingungen durch diese Verbände mit Konventionalstrafen von oft recht erheblicher Höhe getroffen, also durch Bedrohung mit Vermögensnachtheil verhindert wird. Das Streben dieser Unternehmerverbände ist in erster Linie darauf gerichtet, die Arbeiter zur Ausübung ihres Vereinigungsrechtes unfähig zu machen, indem man von ihnen einen Verzicht auf dasselbe zu erpressen sucht.

Gestützt auf die Thatsache, daß die Arbeitskraft über den Bedarf angeboten ist, sucht man die Arbeiter durch Bedrohung mit Arbeitslosigkeit zu zwingen, dem ihnen gesetzlich gewährleisteten Rechte auf Vereinigung zu entsagen, und die Behörden sehen diesem Unterfangen nicht nur ruhig zu, sondern sie helfen zuweilen thätig mit, die schwächeren Arbeiter von den stärkeren Unternehmern vergewaltigen zu lassen.

Arbeiter, die durch Bedrohung des Unternehmers mit Arbeitseinstellung denselben zwingen, eine Zahlung zu leisten, werden bestraft. Unternehmer, die durch Bedrohung mit Entlassung aus Arbeit die Arbeiter zwingen, ihre bürgerlichen Rechte zu opfern, werden nicht angeklagt, sondern erhalten leider noch häufig die Listen der Fachvereinsmitglieder zur Einsicht, um ihre Erpressung auch durchzuführen zu können.

Man verfolgt dabei behördlicherseits, indem man die Unternehmer zu solchem Vorgehen aufstachelt, oder ihnen doch behilflich ist, sichtlich den Zweck, den Arbeitern, die von der Fessel des Sozialistengesetzes entlastet werden sollen, in andere, ebenso wirksame Fesseln zu schlagen.

Es ist dies Verfahren freilich weit ab von dem, was in dem zweiten kaiserlichen Erlass vom 4. Februar d. J. den Arbeitern in Aussicht gestellt wird, von dem

Gewahrtbleiben des Anspruches auf gesetzliche Gleichberechtigung der Arbeiter; es ist das Gegenteil, das geschieht.

Das durch ein solches Vorgehen der Unternehmer der soziale Frieden im höchsten Grade gestört werden muß, ist selbstverständlich. Durch die Annahme der Unternehmer, die bürgerlichen Rechte der Arbeiter anzutasten, hat sich eine große Gereiztheit der Arbeiterkreise bemächtigt, die sie zum Kampfe viel eher geneigt macht als früher. Das Verhältnis ist feindseliger geworden, und diese Feindseligkeit drängt zum öfteren Ausbruch des Streikes selbst da, wo er sonst vermieden wurde.

Dazu kommt, daß die Erkenntnis der Lage der wirtschaftlichen Verhältnisse sich unter den Arbeitern immer mehr ausbreitet. Sie sehen das gute Gedeihen der Geschäfte, den goldenen Regen, der sich über die Unternehmer ergießt, die ihr Geschäft in der notwendigen Ausdehnung betreiben können, und vergleichen damit ihr immer gleichbleibendes Elend.

Ist der Geschäftsgang schlecht, dann werden die Arbeiter im Verdienst geschmälert, aus der Arbeit entlassen oder zum theilweisen Feiern verurtheilt. Gehen die Geschäfte gut, dann wird von ihnen gesundheitsstörendes Ueberzeitarbeiten verlangt. Es steht das ja ausgesprochen in den Berichten der Fabrikinspektoren, daß trotz der günstigen Lage aller Herstellungszweige eine Verbesserung der Lage der Arbeiter nur in sehr beschränktem Maße oder garnicht eingetretet ist. Gleichzeitig sehen die Arbeiter die staatliche Fürsorge für den Verdienst der Reichen, die ihm die Lebensmittel vertheuert. Auch heben sich vielfach mit der trotz dem Gegenarbeiten von Kirche und Schule steigenden Kultur die Bedürfnisse der Arbeiter und heißen Befriedigung. So wirken vielfache Ursachen zusammen, um den Lohnkampf immer öfter herbeizuführen und ihn immer heftiger zu machen.

Nicht gleichen Schritt damit gehalten hat die Organisation der Arbeiter für diesen Lohnkampf.

Die übernommenen Formen der Organisation, die sich notwendig den Gesetzen und den anderen Umständen, besonders der Auslegung dieser Gesetze zu Ungunsten der Arbeiter und zu Gunsten der Unternehmer anschließen mußten, sind auf einen solchen allgemeinen Kampf nicht zugeschnitten. Sie sind mehr auf den kleinen Krieg berechnet, der innerhalb einer Gewerkschaft an einzelnen Orten und nicht zu häufig geführt und hauptsächlich von den näheren Gewerksgenossen unterstützt wird.

Den häufiger werdenden Streiks und den neuen Formen, die der Kampf durch die Verbände der Unternehmer angenommen hat, die mit ihren Angriffen jetzt gleichzeitig größere Theile derselben Gewerkschaft treffen, genügt diese Organisation durchaus nicht mehr. Die Unternehmer hoffen den Lohnkampf den Arbeitern unmöglich zu machen, die Arbeiter zum leidenden Gehorsam zu bringen, indem sie jeden einzelnen Lohnkampf die weiteste Ausdehnung geben. Auf eine Arbeitseinstellung an einem Orte oder die Sperre einer oder einiger Werkstellen soll immer mit der Aussperrung einer großen Anzahl Arbeiter geantwortet werden, um so die Unterstützung der Streikenden zu verhindern.

Offenbar würde diese Taktik der Unternehmer nicht ohne Erfolg sein, wenn die Arbeiter ihre Organisation

nicht vervollständigen würden. Die Organisation muß den zünftlerischen Standpunkt, auf dem sie noch vielfach steht, vollkommen verlassen und Formen annehmen, die es gestatten, eine viel größere Macht als heute auf einen bedrohten Punkt zu werfen. Das Solidaritätsgefühl der Arbeiter muß in viel höherem Maße als heute geweckt werden. Man muß es lernen, zusammen mit den Angehörigen anderer Berufe sich in viel höherem Maße als heute auch in den Lohnfragen zu arbeiten.

Es wird dabei die Berufszusammengehörigkeit durchaus nicht ganz ausgegeben werden müssen, im Gegentheil, es wird gut sein, die weiter umfassende Organisation an das Bestehende anzuknüpfen, bis sie sich in eine allgemeinere Form überführen läßt. Auch hier sei nicht Umsturz, sondern Umformung die Aufgabe.

Es müssen aber überall Organe geschaffen werden, die in den gesetzlich zulässigen Formen ein gemeinsames Arbeiten der verschiedenen Berufsorganisationen ermöglichen. Wir haben deshalb gerne gesehen, daß man an verschiedenen Orten beginnt, solche Organisationen zu bilden, die ein gemeinsames Handeln der verschiedenen Berufsorganisationen nach gemeinsamem Plane ermöglichen; daß man für größere Bezirke und einzelne Orte Zentralkommissionen einsetzt.

Wir halten dieses Vorgehen für durchaus der Sachlage entsprechend und erwarten, daß es sich bald weiter entwickeln wird. Die Erfahrung wird dabei die beste Lehrmeisterin sein, wie diese Organisationen am besten auszubauen sind. Daß man sich ängstlich im Rahmen der Vereinsgesetze halten muß, ist selbstverständlich.

Unsere Vereinsgesetzgebung zwingt gebieterisch zu einer Zweitheilung.

Wir müssen Organisationen haben auch auf dem sogenannten „gewerkschaftlichen“ Gebiete, die den politischen Theil der Aufgabe behandeln, so wie der Begriff „Politik“ nun einmal von den Gerichten aufgefächert wird; diese müssen örtlich organisiert sein, und dürfen mit einander oder mit anderen ähnlichen Vereinigungen in keiner Verbindung stehen. In diese Vereinigungen wird das eigentliche Leben der Organisation ohne Zweifel kräftig pulsiren, sie werden für Belehrung, Organisation, Agitation in ihrem Kreise sorgen müssen. Der andere Zweig, der eigentliche Kampf um die Lohn- und Arbeitsbedingungen, der nicht politische Theil der Aufgabe, muß von anderen Organisationen betrieben werden, die durchaus keine Politik treiben, dafür aber mit einander in Verbindung treten können. Sie haben eine weniger anregende aber wichtige Aufgabe und werden um so besser gedeihen, je mehr ihnen die anderen, die aufklärenden die politischen Vereine in die Hand arbeiten.

Wir zweifeln nicht, daß auch diese Art der Massenorganisation, die die gewerkschaftlichen Grundorganisationen verbindet, sich bald einleben und ausbreiten wird; und daß auch sie es verstehen werden, die Klippen der bestehenden Gesetzgebung zu vermeiden.

Unsere Gesetzgebung erlaubt es nicht, wie in anderen Ländern, einfache Organisationsformen anzuwenden, wir müssen mehr Scharfsinn verwenden, um Brauchbares schaffen zu können. Wir haben aber der Nothwendigkeit uns zu fügen und etwas mehr Geschick und mehr Vorsicht in der Organisation zu entfalten.

Die Umformung der Organisation wird ohne Zweifel einige Zeit beanspruchen.

Bis jetzt beginnt sie sich erst an einigen Orten zu bilden, bald werden andere nachfolgen. Wir können nur rathen, mit dieser Neubildung nicht zu zögern. Bis sie sich einigermaßen ausgebaut hat, ist aber die Streiklust einigermaßen zu zügeln. Die alten Organisationen haben ja vielfach eine Ueberschätzung ihrer Wirksamkeit hervorgerufen und dadurch Ansprüche an sie wachgerufen, die sie nimmer erfüllen können. Wir können es den Arbeitern, die viele Jahre zu den Kosten eines Verbandes gesteuert haben, und welchen immer vorgeredet ist, dieser Verband allein könne ihre Lage verbessern, nicht verdenken, daß sie nun auch endlich die Früchte ihrer Ausdauer sehen wollen und die Verbesserung ihrer Lage nicht länger ausgesetzt wollen. Doch muß zur Geduld gemahnt werden, denn der Kampf ist jetzt ein größerer geworden. Es müssen kleine Ausstände ohne gehörige Vorbereitung, ohne die absolute Sicherheit, daß sie auch unterstützt werden können, vermieden werden. Wenn die neue Form der Organisation sich erst einigermaßen eingelebt haben, wenn sie sich ihre Blüthezeit und Presse wird geschaffen haben, dann wird der Lohnkampf wieder mit mehr Sicherheit des Gelingens geführt werden können. Laßt uns rüstig an's Werk gehen, die Organisation der deutschen Arbeiter den neuen Bedürfnissen entsprechend schnell zu vervollständigen, damit die allgemeine Solidarität der Arbeiter sich den von den Behörden unterstützten Unternehmern wirksam entgegenstellen kann.

Gewerkschaftliches, Vereine.

Arbeiter, Arbeiterinnen Berlins! Am 2. d. M. legte das bisherige Agitations-Komitee für Sonntagsruhe in öffentlicher Versammlung sein Amt nieder; unterzeichnete Fünfer-Kommission erhielt dagegen den Auftrag, weitere Schritte zur Herbeiführung der Sonntagsruhe zu thun, wie auch die schon getroffenen Maßnahmen zu überwachen. An Euch nun richten wir eindringlich die Bitte, uns in unserem Vorhaben zu unterstützen, denn Ihr allein seid es, die Ihr in Eurer Hand Erfolg oder Mißlingen unseres Wertes haltet. Wir können bisher zufrieden sein; noch nie ist die Bewegung für eine unter heutigen Verhältnissen erreichbare Sonntagsruhe eine so allgemeine, ja alle Geschäftsinhaber berührende gewesen, wie die gerade durch unser Auftreten veranlaßt. Hunderten, wenn nicht tausenden von Gefangenen der Arbeit im kaufmännischen Beruf ist durch Eure Hilfe der freie Sonntag-Nachmittag verschafft worden! Gegen diesen Boykott, gegen seine gerechte Grundlage kann nicht die Spur einer Opposition begründet werden; er legt Euch keine nennenswerthen Entbehrungen auf; er verschafft Euch nur den Ruhm einer edlen That. Darum noch einmal, Arbeiter und Arbeiterinnen, stellt an die Geschäftsinhaber — ob sie Personal beschäftigen oder nicht — die dringende Forderung, Sonntags von 12 Uhr an ihre Läden zu schließen, sagt ihnen, daß ihr sonst nicht mehr von ihnen kaufen könnt. Die unterzeichnete Kommission aber unterstützt dadurch, daß Ihr in die von derselben einberufenen Versammlungen kommt, daß Ihr in Massen das große Sommerfest besucht, daß sie zu Gunsten eines Agitationsfonds am 14. Juli abhalten wird. Arbeiter, Arbeiterinnen! Was durch keine Polizei-Verordnung erreicht ist, was durch die Regierungsvorlage nur lächerhaft geschehen wird, erkämpft Ihr dem kaufmännischen Proletariat: die jedem Menschen nöthige Ruhe nach der Arbeit! Das Agitations-Komitee für Sonntagsruhe in kaufmännischen Geschäften.

Aufruf an sämtliche Dachdecker Deutschlands! Kollegen, haltet den Jutag nach Köln fern, wo der Lohnkampf ausgebrochen ist. Sendungen nimmt an Heinrich Klummer, Köln a. Rh., Groß-Griechenmarkt 69, Charles Kaufmann, Berlin N., Fehrbellinerstr. 31, 4 Tr., und Mehrlein, Berlin O., Falkensteinstraße 10, 3 Tr.

Die Buchhandlung für Arbeiter

von Karl Reiche

Hamburg, 2. Vorsetzen 16, H. 4 L. liefert zu Original-Preisen alle sozialpolitischen, gewerkschaftl. etc. Werke aus dem Verlage von J. H. W. Dietz, Jensen & Co., Wörlein & Co., der „Berliner Volkstribüne“ u. A. m. Specialität:

Berliner Arbeiterbibliothek, Heft 15 u. 20 Pf. Quittungsbücher u. Quittungsmarken

sämmtl. Geschäftsbücher für Krankenkassen und Vereine.

Kautschukstempel aller Art u. Grösse.

Photographien bewährter Volksmänner (Verlag von Jean Holze) als:

Lassalle, Marx, Bebel, Liebknecht, Singer, Frohme, Wedde u. s. w.

Zum Zimmerschmuck für Arbeiter liefert alle Bilder und Kunstsachen auf diesem Gebiete.

Uebernahme von Inseraten in Arbeiterblättern und Fachzeitschriften.

Annahme aller Drucksachen und Buchbinder-Arbeiten.

Lieferung ganzer Fachzeitschriften.

Bei schriftlichen Bestellungen erbitte mir nur eine Karte von der „Hammonia-Post“.

Quittungsmarken & Kautschukstempel-Fabrik

von Conrad Müller

Schkenditz-Leipzig

empfiehlt sich allen Arbeitervereinen, Krankenkassen u. s. w.

Ausführung sauber und schnell.

Preislisten gratis und franko.

Im Verlage des „N. freirel. (Uhlisch'schen) Sonnt.-Bl.“ in Magdeburg-S. ist soeben erschienen:

Th. Paine,

Zeitalter der Vernunft (1793). Heft 1 u. 2 (je 1 Bog.) zu je 10 Pf., postfrei, einzeln 15 Pf. Alle 14 Tage erscheint 1 Heft.

Versammlung

Berliner Arbeiter-Bildungs-Vereins

am Dienstag, den 21. ds. Mts.

im Lokale des Herrn Lehmann, Schwedter Straße Nr. 24.

Tages-Ordnung:

1. Vortrag des Herrn Bölsche. — 2. Diskussion. — 3. Verschiedenes. — 4. Fragekasten. Gäste sind willkommen. Um zahlreiches Erscheinen ersucht

Der Vorstand.

Allen Freunden und Genossen empfehle mein

Weiß- u. Bairisch-Bier-Lokal.

2 Vereinszimmer stehen zur Verfügung.

Herrmann Wuttke,

Friedrichsbergerstr. 20 pt.

Cigarren u. Tabake

reichhaltiges Lager

von O. Klein.

15. Mitterstraße 15.

Dieselbst Bahnhofsstraße der Gärtnerei u. Bronceur (G. H. 60)

Empfehle den Genossen meine zum

Minimal-Lohnentarif

der Berliner Tabakarbeiter

verfertigten Cigarren.

Wilh. Boerner,

Mitterstr. 108, d. 2. Haus v. d. Prinzenstr.

Allen Freunden und Genossen empfehle ich mein

Weiß- und Bairisch-Bier-Lokal.

Herrmann Aligte,

Weinmeisterstr. 6.

Allen Freunden und Genossen zur Nachricht,

Weiss- und Bairisch-Bier-Lokal nebst Garten

Naunynstr. 86

eröffnet habe.

Zimmer für Vereine, Vorstände, wie für Zahlstellen steht zur Verfügung.

Fr. Zubeil.

Empfehle meinen werthen Freunden und Genossen sowie den Lesern dieses Blattes mein

Cigarren-Geschäft.

Carl Lehmann.

Brunnenstr. 83, dicht am Humboldtthain.

Große und kleine Reste zu Hofen und Anzügen, sowie Kleider- u. Regenmäntelstoffe. Seidenplüsch, Trikot zu Tailen, gleich zugeschnitten, auch angefertigt.

Albert Karle, Waldemarstr. 66.

Cöpenick.

Den Genossen in Cöpenick und Umgegend zur

Nachricht, daß ich hier eine

Kolportage-Buchhandlung und Zeitungs-Spedition

errichtet habe, und empfehle mich zur Beforgung

von „Vollblatt“ und „Vollst-Tribüne“ und der gesammten Arbeiterliteratur.

Albert Kauert,

Rudowerstr. 3.

Frankfurt a. M.

Allen Fremden und Parteigenossen empfehle ich die „Berliner Volks-Tribüne“ und ganz besonders die „Berliner Arbeiterbibliothek“.

1. Serie 12 Hefte. Preis pro Heft 15 u. 20 Pf.

1. Heft: Ein sozialistischer Roman. 2. Heft: Die Gewerkschaften, ihr Nutzen und ihre Bedeutung.

3. Heft: Die Arbeiterinnen- und Frauenfrage der Gegenwart. 4. Heft: Der Sozialismus in Frankreich seit der Pariser Kommune. 5. Heft: Charakterköpfe aus der französischen Arbeiterbewegung.

6. Heft: Die Hausindustrie in Deutschland. 7. Heft: Junker und Bauer. 8. Heft: Die wirtschaftlichen Umwälzungen und die Entwicklung der Sozialdemokratie. 9. Heft: Die Marx'sche Wertheorie. 10. Heft: Die Sozialdemokratie und der deutsche Reichstag. 11. Die soziale Frage auf dem Lande. 12. Heft: Internationale Arbeiterschutzgesetzgebung.

Wünscht jeder Genosse dazu beitragen, daß die

Bibliothek jeder Arbeiter bekomme, denn unsere

Lösung muß sein: immer mehr Licht.

H. Faust,

Schäfergasse 15, 4 Tr.

Frankfurt a. M.

W. Gründel's Restaurant

(früher: N. Wendt.)

Dresdenerstraße 116.

Arbeitsnachweis und Verlehr der Buchbinder,

Schlosser, Drechsler, Maler, Töpfer, Stellmacher,

Sattler und Gärtner.

Reichhaltiger Frühstück-, Mittag- und

Abendstisch.

Borzügliches Weiß- und Bairisch-Bier.

2 Billards und Regelsbahnen. — Saal zu

Versammlungen.

Fernsprech-Anschluß. Amt 9a. Nr. 578.

Albert Auerbach,

Berlin N., Kottbuser Damm 7.

Schuh- und Stiefel-Lager

für Herren, Damen und Kinder.

Reelle Bedienung. — Feste Preise.